

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alter-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Das Werden einer neuen Ordnung.

I.
„Alles fließt. Nichts ist beständig.“ Die Wahrheit dieser Worte, die schon vor Jahrtausenden von dem griechischen Philosophen Heraklit erkannt und ausgesprochen wurde, ist bis heute noch nicht allgemeines Erkenntnisgut geworden. Es gibt immer noch Zeitgenossen, besonders in den Reihen der Arbeiterschaft, die dem skeptischen Gedanken „Es nützt alles nichts — es bleibt doch alles beim alten“ mit einem gewissen Fanatismus huldigen. Nichts ist jedoch irriger, als eine derartige Lebensanschauung, da gerade wir in einer Zeit leben, die sich wie selten eine Periode der Menschheitsgeschichte durch technische und wirtschaftliche Revolutionen auszeichnet. Gewiss, das Neue, das zugleich ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen sein soll, ist im Tagesgeschehen nicht immer drastisch zu erkennen und mathematisch zu beweisen. Aber es gibt unstrittig eine Reihe wichtiger Merkmale, die einen dauernden und grundlegenden Wandel unserer Lebensverhältnisse erkennen lassen. Einige Beispiele mögen das Gesagte veranschaulichen.

1. Bevölkerung.

bleiben wir zunächst bei dem Menschen, der das Maß aller Dinge sein und bleiben soll. Dieses Faktum „Mensch“ ist in unserm Gesellschaftsleben nichts Starres, nichts Unveränderliches; denn gemessen an der Zahl der lebend Geborenen und verglichen mit der jeweiligen Bevölkerungszahl, haben wir zum Beispiel in Deutschland seit 1876 einen ständigen Geburtenrückgang aufzuweisen. In welchem Grade, geht daraus hervor, daß in den siebziger Jahren auf 1000 Einwohner zirka 40 lebend Geborene, in den letzten Jahren auf die gleiche Zahl dagegen nur noch 20 lebend Geborene kamen. Trotzdem haben wir im gleichen Zeitraum, und zwar in der Zeit von 1882 bis 1925 eine absolute Vermehrung der Gesamtbevölkerung im Rahmen des jetzigen Reichsgebietes von rund 40 auf 62 Millionen zu verzeichnen. Diese Mehrbevölkerung von über 20 Millionen, in knapp vier Jahrzehnten entstanden, ist besonders durch einen starken Rückgang im Grade der Sterblichkeit möglich geworden. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Zunahme der Bevölkerungsdichte auf begrenztem und aufgestelltem Lebensraum

2. die Grundlagen der Wirtschaft

gewaltig verändern mußte. Diese Veränderung bestand vor allem in einem riesenhaften Anwachsen der Industrie und

in einer bedeutenden Ausdehnung von Handel und Verkehr. So waren zum Beispiel in Industrie und Handwerk 1882 nahezu 14 Millionen, 1925 dagegen annähernd 26 Millionen Berufszugehörige vorhanden. In der Gruppe Handel und Verkehr ist die prozentuale Zunahme noch stärker, da im gleichen Zeitraum die Zahl der Berufszugehörigen von 3,8 auf 10,5 Millionen stieg. Der Beschäftigungsgrad in der Landwirtschaft mit 14 bis 15 Millionen ist in dieser Zeit dagegen gleich geblieben beziehungsweise etwas zurückgegangen. Die riesige Ausdehnung des Industrie-, Handels- und Verkehrslebens spiegelt sich auch gleichzeitig im Wachstum der Städte, besonders der Großstädte wider, die im umgekehrten Verhältnis zu früher, heute von dem größten Teil der deutschen Bevölkerung bewohnt werden. Mit dieser Wandlung mußte sich auch gleichzeitig

3. die wirtschaftliche Verfassung

ändern. An Stelle der handwerklichen Kleinbetriebe traten Fabriken, Groß- und Riesenbetriebe. In welchem Umfange sich die Größenordnungen änderten, zeigen einige Gegenüberstellungen aus Handwerk und Industrie. Nach den amtlichen Berufszählungen waren 1882 in Großbetrieben (das sind Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten) 1,5 Millionen Personen beschäftigt; 1925 in der gleichen Betriebsgrößenklasse 6,9 Millionen, in Mittelbetrieben (das sind solche mit 6 bis 50 Beschäftigten) ist die Personenzahl in der gleichen Zeit von 1,1 auf 2,8 Millionen gestiegen, während in den Kleinbetrieben bis zu 5 Personen die Beschäftigtenziffer von 3,2 auf 2,8 Millionen zurückgegangen ist. Aber nicht nur die Entwicklung der Großbetriebe, sondern auch die Entfaltung der Großunternehmen führte zu einer stärkeren Konzentration der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt. Mangels statistischer Vergleiche sollen hier nur einige Hinweise auf den heutigen Stand dieser Zusammenballung gegeben werden. Ende 1927 zählte man in Deutschland 11968 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 20 und mehr Millionen Mark, mit einer Gesamtbeteiligung von 10 052 Millionen. 2918 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von einer Million bis 20 Millionen verfügten über einen Gesamtwert von 9547 Millionen Mark. Daraus ersehen wir, daß das wirtschaftliche Besitzrecht in überwiegender Weise heutzutage einigen Tausend von Gesellschaften überantwortet ist. Die

Konzentration wird aber noch verstärkt durch zahlreiche Beteiligungen an andern Unternehmungen beziehungsweise durch Fusionen mit solchen. Neben diesen, auf Besitz beruhenden Zusammenschlüssen, treten schließlich die auf Vertrag basierenden Vereinigungen in Form von Kartellen und ähnlichen Organisationen, deren Zahl man in Deutschland auf zirka 3000 schätzt.

Es bedarf keiner besonderen Darlegungen, daß durch eine derartige Entwicklung

4. die soziale Gliederung

des deutschen Volkes tiefgreifende Wandlungen erfahren mußte. Die Entstehung der Großbetriebe und Großunternehmen, die einerseits, wie bereits erwähnt, zu einer starken Konzentration wirtschaftlicher Verfügungsgewalt in wenige kapitalisierte Gesellschaften führte, mußte andererseits selbständige kleinstädtische Existenzen vernichten und das Heer der Arbeitnehmer, die unabhängige Arbeit leisten, in ungeheure Ausmaße wachsen lassen. Nachdem oben, an dem Wachstum der Arbeiterzahl in Großbetrieben das Tempo dieser Entwicklung angedeutet wurde, genügt hier eine kurze Mitteilung über den Stand der gegenwärtigen sozialen Gliederung, wie sie die Berufszählung 1925 erkennen läßt. Danach gibt es in Deutschland rund 14,4 Millionen Arbeiter, 5,2 Millionen Beamte und Angestellte, Hausangestellte 1,3 Millionen und Berufslose (Rentner, Pensionsempfänger) 3,8 Millionen. Selbständige (darunter haben wir nicht nur Eigentümer eines Unternehmens, sondern auch Geschäftsführer, Direktoren und leitende Beamten zu verstehen) gab es 5,5 Millionen. Daneben kennt die Statistik noch eine Gruppe „mitbeteiligte Familienangehörige“, die besonders in der Landwirtschaft stark vertreten ist. Von sämtlichen Erwerbstätigen der angeführten Art waren an Arbeitern und Angestellten in der Landwirtschaft 28,4 %, in Industrie und Handwerk 84,9 %, in Handel und Verkehr 69,4 % vertreten. Der größte Teil des deutschen Volkes ist somit auf die Leistung abhängiger Arbeit angewiesen.

Diese wenigen Beispiele lassen ständige und tiefgreifende Wandlungen unserer wirtschaftlichen und sozialen Lebensordnung erkennen. Welche Blickpunkte und sozialpolitische Schlussfolgerungen sich für die Arbeiterschaft aus diesem grandiosen Werdegang ergeben, soll in einem folgenden Artikel näher erörtert werden.

Die Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Bevor der Deutsche Reichstag in die Sommerferien ging, bescherte er der breiten Masse des Volkes noch eine Verschlechterung der Lebenshaltung durch erhöhte Lebensmittelzölle. Eine Kommission von Sachverständigen, die die Frage eines Getreidemonopols unterzuchen sollte, ist zu keinen Entschlüssen gekommen, sondern resultatlos auseinandergegangen. Desto gründlicher hat man im Reichstag selbst bezüglich der Aenderung der Zollsätze gearbeitet. Zugrunde lag den Reichstagsverhandlungen jenes Programm, das die Viermännerkommission, die Führer der Agrarparteien, ausgearbeitet hatte. Die Forderungen dieser Kommission waren mit Beweisskräften nicht belastet. Sie forderten nicht nur namhafte Erhöhung der Getreidezölle, sondern auch Aenderung der Zollsätze von Butter, Milch, Käse, Eier, Geflügel, Vieh, Zucker usw. Bei sehr wichtigen der vorgenannten Lebensmittel wurden namhafte Zollerhöhungen vorgenommen.

Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle.

Bei den Getreidezölle ist folgende Aenderung eingetreten: Für Roggen, Hafer und Weizen wurden die Zwischenzölle aufgehoben und traten dafür Zollsätze in Kraft: Für Roggen und Hafer 6 M und für Weizen 6,50 M. Das genügt den Herren Agrariern nicht, deshalb wurde beschlossen, den deutsch-schwedischen Handelsvertrag sofort zu kündigen, um beim Neuaufschluß dieses Vertrages die autonomen Sätze (7 M für Roggen und Hafer, 7,50 M für Weizen) alsbald in Kraft treten zu lassen. Die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages wurde sofort ausgesprochen. Bis zum 15. Februar 1930 muß der Neuaufschluß des Handelsvertrages erfolgt sein. Die körnerbauenden Großgrundbesitzer haben also so ziemlich ihre Forderungen durchgesetzt, aber von weit einschneidender Bedeutung ist die zu gleicher Zeit vorgenommene Erhöhung der Mehlzölle. Für Mehl ist jetzt ein Zwischenzoll in Höhe von 12,50 M in Kraft. Dieser Zwischenzoll wurde aufgehoben,

dafür wurde ein Satz von 14,50 M festgesetzt. Die bürgerlichen Parteien forderten den autonomen Satz von 18,50 M. Nach längeren Bemühungen gelang es der Sozialdemokratischen Fraktion, die Zollerhöhung auf 2 M zu beschränken. Die französische Regierung hat den Verzicht auf die Bindung der Mehlzölle (11,50 M) ausgesprochen. Als Ausgleich wurde der französischen Regierung zugestanden, den ermäßigten Weintraubenzoll um einen Monat im Jahr zu verlängern und eine Ermäßigung des Zollsatzes für Austeren. Weintrauben und Austeren fallen bei dem Haushalt der großen Massen nicht ins Gewicht, dafür aber die Erhöhung des Mehlzollens. Dazu wurde noch ein Antrag auf Einführung des Weimahlungszwanges für inländischen Weizen angenommen. Dieser Antrag sieht vor, daß jede deutsche Mühle, die ausländischen Weizen vernahmt, verpflichtet ist, eine mindest 30 % betragende Menge Inlandsweizen zu verarbeiten. Durch diesen Weimahlungszwang werden die Preise für Inlandsweizen auf die Höhe Weltmarktpreise plus Zoll erhoben. Weiter führt dieser zu einer Art Kontingentierung, wie sie bei einem festgesetzten Kartell in Erscheinung tritt. Uebrigens wurde ein Fonds von 3,75 Millionen Mark für die Förderung der Bewegung der Getreideernte geschaffen. Mit diesem Fonds kann eine Zinsverbilligung bei der Getreidelambardierung herbeigeführt werden. Für das nächste Jahr soll dieser Fonds verdoppelt werden. Jeder Leser kann ungefähr ermessen, welche ungeheure Wirkung auf den Massenkonsum von dieser Erhöhung der Mehlzölle ausgeht.

Für die Zölle für Vieh und Fleisch lagen Anträge vor, die bei Rindvieh und Schafen eine Verdoppelung und bei Schweinefleisch eine Verdreifung der jetzt geltenden Zollsätze vorsah. Eingeführtes Fleisch sollte ähnlich belastet werden. Es kam hier nicht zu direkt wirkenden Beschlüssen, aber der Reichsernährungsminister gab die Erklärung ab, daß die höheren Zollsätze bei den demnächst einsetzenden Verhandlungen

mit Schweden zur Richtschnur dienen würden. Ferner wurde ein Ausschufantrag angenommen, der forderte, mit Dänemark sofort in Verhandlungen einzutreten, um die Einfuhr von Rindvieh und Rindfleisch in den Monaten August bis November einzustellen. Die Beseitigung des zollfreien Gefrierfleischkontingents konnte abgewehrt werden. Des ferneren wurde ein Ausschufantrag angenommen, der sofort einen Gesetzentwurf forderte, wonach das Einfuhrscheinssystem auf weitere Erzeugnisse der bäuerlichen Landwirtschaft, auf Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft, Geflügel, Eier, Gemüse, Obst usw. ausgedehnt werden soll. Wenn es bei den Zöllen von Vieh und Fleisch noch nicht zu Beschlüssen kam, so kann man aber hier noch auf allerhand gefaßt sein.

Sehr einschneidend wird sich die Erhöhung des Kartoffelzollens auswirken. Bisher betrug der Zoll für die Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 4 M und für den Rest des Jahres 1,50 M. Hinfort soll der hohe Zollsatz bis zum 31. August gelten und für den Rest des Jahres 2 M. Das ist für die Spätkartoffeln eine Erhöhung um 25 %. Da die Kartoffel im Arbeiterhaushalt eine ziemlich große Rolle spielt, kann man sich ungefähr vorstellen, wie sich diese Zollerhöhung auswirken wird.

Die außergewöhnliche Erhöhung des Butterzollens

dürfte für die Milchwirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Bisher betrug der Butterzoll 27,50 M, hinfort soll er 50 M betragen. Am 10. Juli tritt diese Zollerhöhung bereits in Kraft. Gegenüber den Meistbegünstigungsländern soll diese Erhöhung wirksam werden, wenn der deutsch-finnische Handelsvertrag entsprechend abgeändert ist. Man beschloß aber eine Art Erziehungs-zoll in der Weise, daß vom Januar 1931 an der Mindestzoll für Butter nicht unter 40 und vom 1. Januar 1932 nicht unter 30 M betragen soll. Der Rahmzoll betrug bisher 20 M, hinfort soll er zwei Drittel des Butterzollens, also ungefähr 33,30 M ausmachen. Um nun die Molkeerzeugnisse anzupassen, wurde eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, die Zollsätze für Molkeerzeugnisse, für Käse, sterilisierte Milch, Kasein usw.

Das FACHBLATT DER MALER

Ist Eigentum des Verbandes

Auch Du mußt Abonnent sein!

gemäß dem neuen Butterzollsatz neu zu regeln. Es dürfte nicht notwendig sein, hierzu lange Worte zu machen. Eine derartige Erhöhung des Butterzolles wird es mit sich bringen, daß hinfort die Butter zu den Seltenheitswerten auf dem Tisch der Arbeiterfamilien gehört.

Die Interessenten der Zuckerindustrie forderten eine Erhöhung des Zuckerzolles. Zugestanden wurde ein Zuschlag für die Monate Januar bis September in Höhe von 15 S je Monat. Der Zuckerpreis dürfte sich damit um 1 bis 1,50 M erhöhen.

Was sind die Folgen?

Die Folgen dieser Zollerhöhungen kann man bereits voraussehen. Die landwirtschaftlichen Produkte werden allgemein im Preise steigen. Um diese Preissteigerung vermindert sich die Lebenslage der Verbraucher. Da die Löhne der Arbeiter und Angestellten an sich nicht so hoch sind, so werden sie eine Kürzung nicht vertragen können. Die Gewerkschaften werden also notgedrungen dazu übergehen müssen, Lohn erhöhungen zu beantragen. Wenn dadurch die Wirtschaft beunruhigt wird, so müssen die Gewerkschaften dafür die Verantwortung ablehnen. Aber auch noch Schäden allgemeiner Natur sind mit diesen Zollerhöhungen für Lebensmittel verbunden. Im internationalen Staatenverkehr herrscht das Prinzip: Wenn du nehmen willst, so gib! Sehr gute Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse sind die Länder, von denen wir unsere fehlenden landwirtschaftlichen Produkte beziehen. Hier kommen vor allem Holland, Dänemark, Finnland und Frankreich in Betracht. Diese werden es natürlich ablehnen, deutschen Industrieerzeugnissen die Tore zu öffnen, wenn ihnen die Einfuhr von Agrarprodukten erschwert wird. Die Folgen werden also Zollkämpfe und Zollerhöhungen auf der Gegenseite sein und eine Unterbindung der deutschen Fertigwarenausfuhr.

Der Nebenbetrieb eines Arbeitsgerichts.

Mehr als 1 1/2 Jahre ist das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Nunmehr läßt sich ein Ueberblick gewinnen, wie sich dieses größte und bedeutendste Gesetz des Arbeitsrechts ausgewirkt hat. Das Berliner Arbeitsgericht stellt naturgemäß die größte Behörde dieser Art vor. Ueber die Entwicklung des ersten Volljahres vermitteln folgende Angaben ein übersichtliches Bild:

Die Zahl der Fachkammern hat sich im Jahre 1928 von 32 auf 47 erhöht. Es bestanden 27 Kammern für Arbeiter, 18 für Angestellte, 5 Kammern des Handwerksgerichts, 1 Kammer der Arbeiter und Angestellten der Land- und Forstwirtschaft und 1 Reichsbahnfachkammer. 36 Vorsitzende und 28 stellvertretende Vorsitzende walteten ihres Amtes. Von den im Berichtsjahre anhängig gemachten 59 706 Urteilsverfahren entfielen 57,9 % auf allgemeine Arbeiterstreitigkeiten, 31,3 % auf Angestellten- und 10,8 % auf Handwerksstreitigkeiten. Der allergrößte Teil der Streitigkeiten, nämlich 58 809, entfällt auf die Sparte Arbeits- und Lehrverhältnisse. Unterjucht man die Art der Erledigung der Urteilsverfahren, so fällt in die Augen, daß 28,3 % zu einem Vergleich in Güteverfahren und 15,8 % zu einem Vergleich in streitigem Verfahren führten; 44 % aller Verfahren wurden also durch Vergleich erledigt. Auf die Versäumnisurteile entfällt die hohe Ziffer von 21,1 %. Verzicht, Anerkennung und Zurücknahme der Klage machen 16,1 % der Fälle aus. Auf andere Endurteile kommen 16,5 % der Fälle. In 36,1 % der Rechtsstreitigkeiten fand eine Zurücknahme der Klage statt. Die Zahl der Vergleiche bei den einzelnen Berufsgruppen war verschieden. Die höchste Anteilsziffer, und zwar 57,4 %, hatte die Kammer für Handwerker, für Nahrungsmittel und Reinigung, dann folgen die Streitigkeiten der Hausgehilfen mit 56 %. Bei den Handwerksfällen macht die Erledigung der Streitigkeiten durch Vergleich 42 %, bei den Arbeiterfällen 40 % und bei den Angestelltenkammern 38 % aus. In den „Berliner Wirtschaftsberichten“, denen wir diese Angaben entnehmen, wird die hohe Anteilsziffer bei den Vergleichen für die Hausangestellten und die Arbeitnehmer des Kleingewerbes darauf zurückgeführt, daß für diese Arbeitergruppen eine gesetzliche Betriebsvertretung fehlt, so daß jede Streitigkeit, ohne erst die Instanz der Betriebsvertretung durchlaufen zu müssen, unmittelbar vor das Arbeitsgericht gebracht wird. 63,6 % aller Streitigkeiten haben bis zur Erledigung eine Zeit bis zu einem Monat gebraucht. Nur 5,1 % währten 3 Monate und länger. Zieht man den Wert des Streitgegenstandes in Betracht, so beträgt derselbe in 55,8 % Fällen bis zu 100 M; auf über 100 bis 300 M entfielen 25,6 %, und auf solche über 300 M 18,6 % der Fälle. Die Inanspruchnahme der Kammer ist sehr verschieden. An der Spitze befinden sich die kaufmännischen Angestellten mit 11 521 Fällen, dann folgen Hausgehilfen mit 5210 Arbeitern, in Betrieben für Beherbergung und Erquickung mit 4703, Arbeiter der Metallindustrie mit 4615, Arbeiter für das Berggewerbe mit 4268 usw.

Die obigen Angaben zeigen, wie unendlich die Zahl der Fälle ist, wo es im Arbeitsverhältnis zu Rechtsstreitigkeiten kommt, die letzten Endes vor dem Arbeitsgericht entschieden werden müssen. Man stelle sich einmal vor, wie hilflos die Arbeiter und Angestellten dastehen würden, wenn ihnen das Arbeitsgericht nicht zur Seite stände. Riesenmengen würden den Arbeitern und Angestellten entzogen, die ihnen so erhalten bleiben. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist die Frucht einer langjährigen gewerkschaftlichen Tätigkeit. Das sollten die Arbeiter nie vergessen, wenn sie die Räume eines Arbeitsgerichts betreten. Die durchweg guten Erfolge vor dem Arbeitsgericht sind nicht zuletzt auf die geschickte Vertretung durch die Gewerkschaftsangehörigen zurückzuführen.

„Bremen“, der neueste deutsche Schnelldampfer.

Am 16. Juli wird der auf der Deschimag-Werft, A. O. „Weser“, in Bremen, erbaute Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd, seine erste Reise nach New York antreten. Wir hatten kürzlich Gelegenheit, dies stolze Erzeugnis deutscher Schiffbaukunst zu besichtigen, als es noch in Bremen auf der Werft lag und tausende Hände in Tätigkeit waren, darunter allein 500 Maler und Lackierer, zur Vollendung der letzten Arbeiten. Die „Bremen“ ist ein Schwesterschiff der durch einen Brand heimgeführten „Europa“, die in Hamburg bei Blohm & Voß gebaut wird. Sie ist der größte Handelsdampfer Deutschlands und wird, was die Einrichtung, die Technik, den Komfort, die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit anbelangt, auch von sämtlichen Dampfern der Welt an erster Stelle stehen. Wie bei der Begrüßung der Vertreter der Gewerkschaftspresse, der Direktor des Norddeutschen Lloyd, G. Kassel, ausführte, waren beim Bau dieser beiden Dampfer 15 000 Arbeiter länger als 2 1/2 Jahre beschäftigt und 1800 Arbeitnehmer werden weiter auf diesen zwei Riesenschiffen in Arbeit stehen.

Ueber die Entstehung und den technischen Aufbau der „Bremen“ gab ein Film einen vorzüglichen Einblick. Ueber die „Lage der deutschen Handelsflotte“ orientierte ein instruktiver Vortrag, den Herr Dr. Schurig, im Namen des Vorstandes des Norddeutschen Lloyd hielt. Wir entnehmen daraus, daß bei Kriegsbeginn die deutsche Handelsflotte 5,2 Millionen Brutto-Registertonnen zählte. Durch das Versailler Diktat war sie 1919 auf den zehnten Teil qualitativ minderwertiger Tonnage herabgesunken. Der größte Passagierdampfer des Norddeutschen Lloyd, der vor dem Kriege über 172 Ueberseesdampfer verfügte hatte, bestand zum Beispiel beim Friedensschluß in einem Tender, mit dem früher die Passagiere an Bord der Londonerriesen befördert wurden. Zu Beginn des Jahres 1929 belief sich der Raumgehalt der deutschen Handelsflotte wieder auf rund 4 Millionen Tons, also auf vier Fünftel der Friedensflotte, womit Deutschland wieder den dritten Platz unter den Welthandelsflotten erreicht haben dürfte. Auch der Norddeutsche Lloyd, der heute wieder über 919 000 Tons verfügt, habe seinen Vorkriegsstatus wieder erreicht.

Recht günstig schneide Deutschland auch in bezug auf das Alter seiner Handelsflotte ab, ja es dürfe auf Grund der während des Aufbaues vollzogenen systematischen Veredlung Anspruch darauf erheben, in dieser Beziehung an erster Stelle genannt zu werden. Deutschland habe den größten Prozentsatz an neuer Tonnage aufzuweisen. Anfang 1927 noch hatten etwa 40 % aller deutschen Schiffe ein Alter von weniger als fünf Jahren. Auch hinsichtlich der Größenklassen sehe die deutsche Handelsflotte günstig da. 80 % aller Seefahrzeuge deutscher Flagge haben eine Größe von über 4000 Brutto-Registertonnen und etwa 75 % bleiben über 2000 Brutto-Registertonnen. Mit seinem großen Prozentsatz an Neubauten war Deutschland auch in der Lage, die Schnelligkeit seiner Schiffe und insbesondere der Frachtschiffe erheblich heraufzujehen. Mehr denn je werde sich Deutschland dem Export zuwenden müssen, seine großen und starken Wirtschaftsorganisationen, die wichtigen Erfindungen, die in letzter Zeit bei uns gemacht wurden, wie zum Beispiel die Verflüssigung der Kohle, Stickstoffgewinnung aus der Luft, ferner in der Maschinenindustrie, im Motoren- und Flugzeugbau, werden die Stellung Deutschlands als industriellen Exportstaat immer mehr verstärken. In Ermangelung eigener Rohstoffe werden wir dabei immer auf die Erschließung harrenden unermesslichen Bodenschätze anderer Erdteile angewiesen sein.

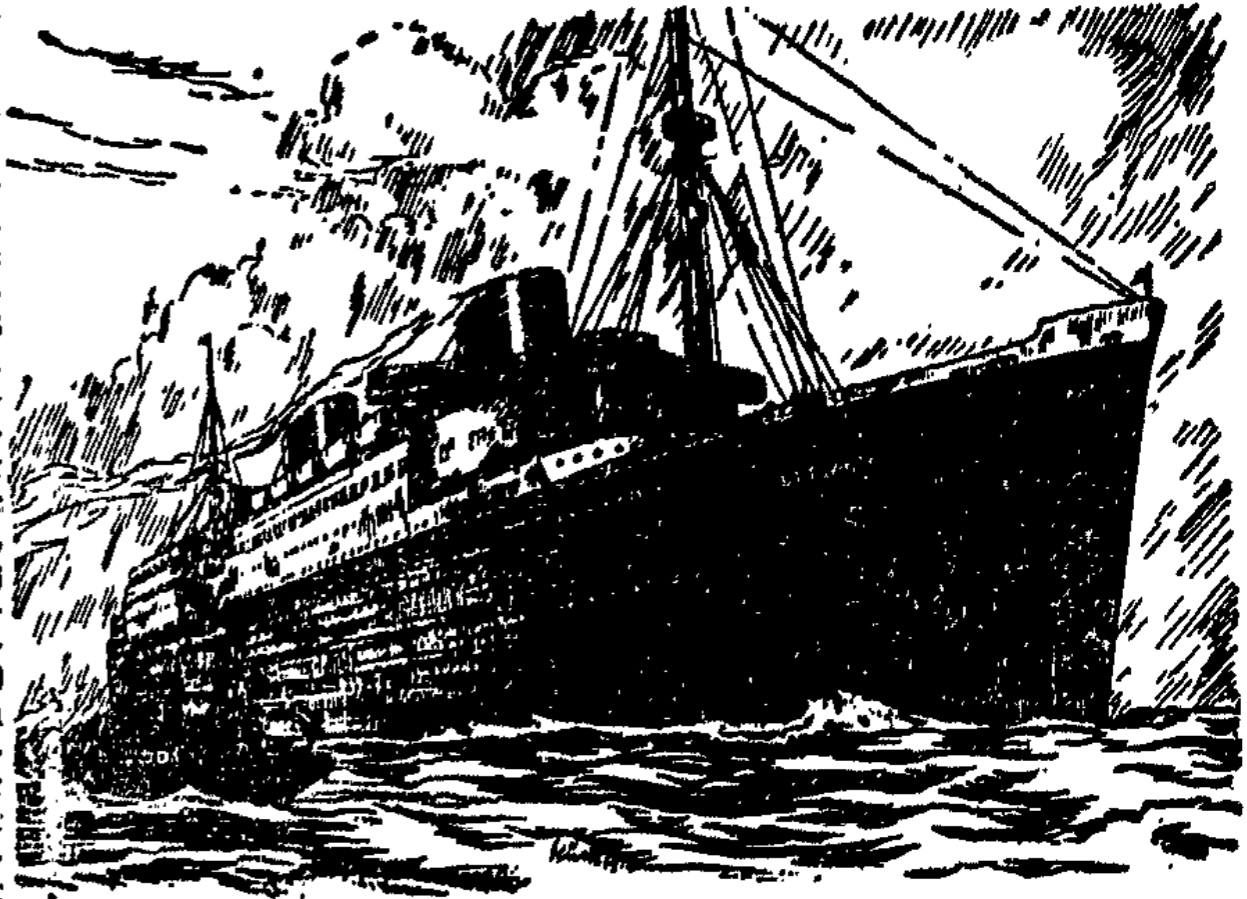
Die an den für Deutschland so unglücklichen Ausgang des Krieges geknüpften Erwartungen ausländischer Großreedereien, in Bremen und Hamburg dauernd festen Fuß zu fassen, seien jedenfalls insofern pariert, als daß nach dem Friedensschluß zunächst eingetretene Mißverhältnisse zwischen der deutschen und den fremden Flaggen in deutschen Häfen beseitigt sei und die deutsche Flagge wieder die ihr zukommende Vorrangstellung einnehme.

Wer von unsern Lesern noch keine Gelegenheit hatte, einen Ozeandampfer zu besichtigen, kann sich von den gewaltigen Größerverhältnissen eines modernen Ueberseesdampfers keine richtige Vorstellung machen. Die nachstehenden Angaben können vielleicht ein kleines Bild von dem Ozeanriesen geben:

Die „Bremen“ ist etwas über 280 m lang, etwas mehr als 30 m breit und an der niedrigsten Stelle mittelschiffs bis zum Hauptdeck 16 1/2 m tief. Für den Schiffsrumpf der „Bremen“ wurden 25 Millionen Kilogramm Stahlbleche, Profile und 4 Millionen Nieten verwendet. Der Dampfer vermag einschließlich der 950 Personen betragenden Besatzung 3200 Personen zu befördern. Das Schiff ist 48 000 Brutto-Registertonnen groß. Die Fahrt von Bremen nach New York kann in 6 Tagen zurückgelegt werden. In der 1. Klasse werden 600 bis 800 Passagiere, in der 2. Klasse 500, in der Sonderklasse für Touristen 300 und in der 3. Klasse 600, mithin insgesamt 2000 bis 2200 Passagiere befördert. Die Sicherheitsvorrichtungen entsprechen dem neuesten Stande der Technik. Die drei Anker der „Bremen“ wiegen je 15 000 kg, jede Ankerkette hat eine Länge von 600 m und wiegt 129 000 kg. Die Riesenmaschinen des Dampfers werden durch Dampfkraft an-

getrieben. Die Kessel werden mit Del geheizt. Die „Bremen“ ist ein Vierschraubendampfer, wo jede Propellerwelle durch Turbinenaggregate angetrieben wird. Die Stromerzeugungsmaschinen des Dampfers haben eine KW-Leistung ungefähr wie die Elektrizitätswerke der Städte Heidelberg oder Lübeck. In dem Schiff ist ein Kabelnetz von 1 Million Meter verlegt worden. Weitere 200 000 m Schwachstromleitung dienen der Telefon- und Klingelanlage. Von 10 000 verschiedenen Stellen aus dem Schiff können Klingeln in Bewegung gesetzt werden. Die 4 Schrauben des Dampfers sind aus Bronze und aus einem Stück gegossen; jede wiegt 17 000 kg. Jeder der beiden elliptischen Schornsteine besitzt einen Durchmesser von 15 : 6,2 m. Ein vierstöckiges Wohnhaus findet also gut Platz darin. Die Höhe der Schornsteine über dem Wasserpiegel beträgt 35 m, über dem Kiel 45 m.

Der Proviantverbrauch einer Reise Bremen - New York - Bremen stellt sich bei voller Besatzung des Schiffes auf 985 Zentner Fleisch, Wurstwaren, 280 Zentner Fische und ähnliches, 350 Zentner Getreide, 80 Zentner Brot, dazu 440 Zentner Mehl, aus dem an Bord in elektrisch geheizten Öfen Brot und Gebäck hergestellt wird. Der errechnete Kaffeeverbrauch



stellt sich auf ungefähr 43 Zentner, außerdem sind 8 Zentner Tee und 6 Zentner Schokolade und Kakao erforderlich. Vorrätig sind weiter zu halten: 17 500 Liter Milch, 2000 Liter Sahne, 140 Zentner Butter, 20 Zentner Schmalz, 90 000 Eier, 40 Zentner Salz, 15 000 Flaschen Wein aller Art, 15 000 Flaschen Mineralwasser, 300 Hektoliter Bier, 18 000 Zigarren, 120 000 Zigaretten usw.

Die Inneneinrichtung des Schiffes ist nach jeder Richtung hin vorzüglich. Die künstlerische Ausstattung lag in den Händen bekannter Künstler und Architekten. Alle Bequemlichkeiten sind in den Zimmern, namentlich denen der 1. Klasse, vorhanden. Das vordere Treppenhaus beispielsweise, das durch die Räumlichkeiten der 1. Klasse geht, reicht durch 10 Etagen. Moderne Lifts sind vorhanden. Die riesigen Decks bieten Gelegenheit, umfangreiche Spaziergänge zu machen. In der Halle der 1. Klasse haben 300 Passagiere bequem Platz. Das Speisezimmer, der Rauchsalon, die Gesellschaftsräume, das Damenzimmer, Kinderzimmer, Schreibzimmer, die Balldele, Restaurants, Theater- und Kinoräume, die Ladenstraße und jene Herrlichkeiten, die der Passagier 1. Klasse genießen kann, sind in der denkbar besten Weise ausgeführt. Schön geräumig und behaglich ist auch die 2. Klasse. Hier werden die Reisenden in Kammern von 1, 2, 3 und 4 Personen untergebracht. Es stehen den Passagieren dieser Klasse ein Speisesaal, ein Rauchsalon, ein Damensalon, eine geräumige Halle, ein Kinderzimmer sowie eine Turnhalle zur Verfügung. Die 3. Klasse und die Sonderklasse für Touristen weisen ebenfalls Einrichtungen der modernsten Art auf. Hier werden die Passagiere in Kammern zu 2, 3 und 4 Reisenden untergebracht. Die Kajüten der 3. Klasse haben ebenfalls stehendes kaltes und warmes Frischwasser und sonst alle Einrichtungen, die man in guten Hotelzimmern findet. Auch sie hat Gesellschaftsräume, Speisesaal, Rauchsalon usw. Sanitäre Einrichtungen, Schwimmhallen, Sportplätze, Spielplätze stehen den Passagieren aller Klassen zur Verfügung. Kinos sind ebenfalls für alle Klassen vorgesehen. Die „Bremen“ hat große unsinkbare Rettungsboote mit einem Fassungsvermögen von je 145 Personen. Sämtliche Boote haben Motorantrieb.

Etwas Neues ist, daß auch ein Flugzeug an Bord ist, das 1000 km vor dem Endziel in die Luft geschossen wird. Die „Bremen“ führt einen neuen, mit Schwimmern ausgerüsteten Heinkel-Eindecker mit 450pferdigen luftgekühlten Motor mit, der eilige Postsendungen schon einen Tag vor der Landung des Schiffes an Land befördern soll. Es ist kein Märchen, wenn wir sagen, daß dieses Flugzeug buchstäblich „in die Luft geschossen“ wird. Dies geht in der Weise vor sich, daß eine in der Mitte des Sonnenbedeck drehbare Schienenbahn eingebaut ist, auf der das Flugzeug auf einem Schlitten ruht. Dieser Schlitten wird mittels Preßluft mit ungeheurer Schnelligkeit vorwärtsgetrieben und somit das Flugzeug weggeschleudert. Man will auch Versuche unternehmen, Landungsmöglichkeiten für Flugzeuge und Uebernahmefähigkeiten von Post zu schaffen. Das alles sind Einrichtungen, die bis dahin unbekannt waren und die der deutschen Technik und dem Auftraggeber, dem Norddeutschen Lloyd, alle Ehre machen. Und nun ahoi, du stolzes Schiff, Glück auf zur Fahrt!

Wer den Zug der Zeit erkannt hat, liest gewiß auch unser

FACHBLATT

Bleikrankheit und ihre Verhütung.

Von Dr. W. Schweisheimer.

Die Aufnahme von Blei in den Körper bringt eine Vergiftung mit sich. Einmalige Aufnahme einer größeren Menge eines Bleisalzes hat die akute Vergiftung zur Folge. Sie äußert sich in schweren Magen- und Darmstörungen. Als Gegengifte werden schwefelsaure Alkalien gegeben, Natronsulfit oder Magnesiaulfit, dazu Eiweiß und Milch. Brech- und Abführmittel sollen das Gift rasch wieder aus dem Körper entfernen. Magenausspülung kann notwendig werden.

Weit häufiger ist indes die chronische Bleivergiftung, wie sie bei ständiger Aufnahme kleiner Bleimengen in den Körper entsteht. Bei Berufen, die mit bleihaltigen Materialien zu tun haben, gehört die chronische Bleivergiftung geradezu zu den Berufskrankheiten. Bleivergiftung ist sogar die häufigste aller Berufskrankheiten in engerem Sinn. Bleihüttenarbeiter, Maler, Anstreicher, Lackierer, Seher und Drucker, Schriftgießer und Hilfsarbeiter in Druckereien und Gießereibetrieben, Glas- und Tonwarenarbeiter, Arbeiter in Fabriken zur Herstellung von Bleifarben, Akkumulatoren, Schrotpatronen, Flaschenkapseln usw. sind gefährdet.

Das Blei dringt auf dem Wege der Verdauungsorgane, der Atmungsorgane oder der Haut in den Körper ein, wird nicht mehr oder nur ungenügend aus dem Körper ausgeschieden und häuft sich allmählich im Körper zu einer Menge an, die sich als chronische Bleivergiftung auswirkt. Bleistaub gelangt bei der Einatmung in die Lungen. Am häufigsten ist das Eindringen von Blei durch die Verdauungsorgane, namentlich wenn die Speisen vorher mit Händen angefaßt werden, an denen noch Bleibestandteile kleben. Auch beim Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak gelangt Blei vom Mund aus in die Speiseröhre, Magen, Darm und damit in den Körper. Vielfach werden bleihaltige Farben zum Vermittler der Bleierkrankung; es gehören dazu Bleiweiß, Bleichromat, Nassikof, Mennige, Bleisuperoxyd, Glätte, Kaffelergelb, Englisches Gelb, Keapelgelb, Jodblei usw.

Die Widerstandskraft des einzelnen dem Blei gegenüber ist sehr verschieden, und so kommt es, daß oft erst nach Monaten oder Jahren sich Anzeichen einer Bleierkrankung bemerkbar machen. Bei schweren Fällen von Bleierkrankung sind Bleikolik häufig; heftige krampfartige Leibschmerzen, die vom Nabel ausgehen, mit Verstopfung einhergehen (selten mit Durchfällen) und nicht selten auch mit Erbrechen verbunden sind. In andern Fällen treten Nervenlähmungen in den Vordergrund, und zwar sind meistens jene Nerven betroffen, die zur Hebung der Hände und Finger dienen. Gelenkerkrankungen mit heftigen Schmerzen befallen in der Regel die Kniegelenke. In ganz schweren Fällen kommt es zu Gehirnstörungen: Krämpfe, Delirien, Bewußtlosigkeit, qualvollen Kopfschmerzen, Erblindung; Bleivergiftung schafft die Vorbedingung für das Auftreten von Nictus und Nierenkrümpfung. Auffallend hoch ist die Zahl von Fehl- und Totgeburten bei bleikranken Frauen. Auch die Sterblichkeit der Kinder ist bei bleikranken Eltern erhöht; sie erliegen leichter andern Erkrankungen.

Es handelt sich also in der Tat um schwere Krankheitserscheinungen, wenn auch in der Mehrzahl der Fälle die gefährlicheren Komplikationen nicht auftreten. Auch schwere Fälle können bei geeigneter Behandlung heilen, zuweilen freilich erst nach wochen- und monatelanger Behandlung. Die wichtigste Voraussetzung ist dabei die gänzliche Entfernung aus dem bleigefährdenden Betriebe; weiterhin ist eine entschiedene Verhütung neuer Blei-

Organisation.

Vertraue Deiner eignen Kraft!
So ziemt es sich als Mann;
Und wenn auch mancher Abgrund klapft,
Geh' mutig Deine Bahn!
Doch wenn Du spürst, daß Einzelkraft
Ein großes Werk nicht zwingt,
Daß nur Gemeinsamkeit es schafft,
Nur dann das Werk gelingt.
Dann schließe hurtig einen Bund
Mit Kämpfern gleicher Art,
Daß gleiche Kraft auf gleichem Grund
Sich tausendfältig paart.
Dann wird die tausendfältige Kraft
Erringen Schlag auf Schlag
Mit Mut und voller Leidenschaft,
Was einer nicht vermag!

Zaebs.

vergiftung erforderlich, bei disponierten Personen kommt Wechsel des Berufs in Frage. Die einzelnen Krankheitserscheinungen erfordern je nach der Äußerung der Krankheit entsprechende Behandlung.

Von Wichtigkeit ist die Erkennung der Frühsymptome der Bleierkrankung. Die Mehrzahl der Bleierkrankungen beschränkt sich auf diese Frühsymptome; bei richtigen Maßnahmen können sie ohne weiteren Schaden wieder verschwinden. Zu den ersten Zeichen gehört der Bleisaum am Zahnsfleisch, ein blaugrauer Saum namentlich am Oberkiefer, ferner Blässe des Gesichts und der Lippen, was auf Blutveränderung hinweist. Diese gelblichweiße Gesichtsfarbe wird direkt als Bleifarbe gekennzeichnet. Wichtige Aufschlüsse hat neuerdings die Untersuchung des mikroskopischen Blutbildes geliefert. Bleischädigung hat frühzeitig ein Auftreten bestimmter Formen von roten Blutkörperchen (der sogenannten basophilen Erythrozyten) im Gefolge. Dieses früh auftretende objektive Zeichen gewinnt neuerdings große Bedeutung. Im Harn ist zuweilen ein Farbstoff besonderer Art, das Hämatoporphyrin, nachweisbar. In gewerbehygienischen Laboratorien sind jetzt verschiedentlich Einrichtungen zu frühzeitiger Feststellung einer Bleigefährdung getroffen.

Zur Verhütung von Bleierkrankung ist persönliche Bewahrung und hygienische Einrichtung der Arbeitsbetriebe vonnöten. Es genügt nicht, wie das vielfach angenommen wird, viel Milch zu trinken, Jodkali oder Glaubersalz einzunehmen und im übrigen blindlings daraufzuzahlen, um vor Bleierkrankung bewahrt zu bleiben. Derartige Dinge können eine sonst richtige persönliche Bewahrungswiese unterstützen, sie können aber falsche Lebensweise nicht ausgleichen. Für die einzelnen mit Blei in Berührung kommenden Betriebe sind verschiedene Anweisungen ausgearbeitet. Wesentlich ist dabei immer die Entfernung des Bleistaubes durch Ventilatoren und Absauger, das An-

reiben von Bleiweiß usw. mit Öl oder Firnis in staubdichten Behältern. Vermeiden des trockenen Abschleifens von Bleifarbenanstrichen usw. Die Hände und Arbeitskleider sind vor Verunreinigung mit Bleiteilen möglichst zu bewahren. Da sich das aber nicht durchführen läßt, soll während der Arbeitszeit und im Arbeitsaal weder geraucht, gekaut und geschnupft noch gegessen oder getrunken werden. Wo Trinken nicht zu vermeiden ist, darf der Rand des Glases nicht mit den Fingern berührt werden. Vor dem Essen und nach Beendigung der Arbeit müssen Hände, Gesicht und Bart sauber gereinigt werden. Am besten sind auch Handwaschen, wie sie in vielen Fabriken eingerichtet sind. Die Arbeitskleider werden nach Abschluß der Arbeit gewechselt.

Die gewerbehygienischen Vorschriften und die Belehrung der Arbeiter um den Kern der Erwerbung einer Bleierkrankung haben im Lauf der letzten Jahrzehnte schon entschiedene Besserung herbeigeführt. Bleierkrankheiten sind nicht mehr so häufig wie früher. Persönliche Reinlichkeit und Unterstützung aller sie fördernden Maßnahmen durch die Betriebsleitungen werden die Erfolge weiterhin steigern.

Interessant ist die Frage, ob bei häufigem Einatmen kleiner Bleimengen eine Bleigefährdung besteht, etwa bei der Bleistiftarbeit. Es wird dabei unter Benutzung der Knallgasflamme Blei in grober bis feinsten Verteilung an die umgebende Luft abgegeben, und zwar in Form von Bleiroyd. Nach neueren Untersuchungen erwies sich jedoch die entstehende Menge als so gering, daß eine gesundheitsschädliche Wirkung der Einatmung nicht in Betracht kommt. Auch hier ist es die Verschmutzung der Hände und von da aus der Speisen, die den Körper am meisten der Gefahr einer Bleierkrankung aussetzt.

Die Verlängerung der Arbeitszeit — der Drehpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik.

Ohne Zweifel befinden wir uns zur Zeit in einer äußerst verzwickten Lage. Die Straßenkämpfe in Berlin, die Endlösung der Reparationsfrage, die mißliche Lage der Reichsfinanzen, die schlechende Wirtschaftskrise, das große Arbeitslosenheer und die daraus hergestellte Reform der Arbeitslosenversicherung; das sind die sichtbarsten Zeichen dafür, welche verworrenen mißlichen Zuständen das deutsche Volk zur Zeit gegenübersteht. Die durch diese Umstände gekennzeichnete Lage wird verschärft durch den Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Da ist es kein Wunder, daß gerade in solchen Momenten kundige Ehehauer auf den Plan treten, um ihre Reformvorschlüsse zu entwickeln. Wir sind es bei unsern Unternehmern gewohnt, daß sie bei ihren Vorschlägen gleich aufs Ganze gehen. Ein solcher Vorschlag, der mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen will, befindet sich in der Nummer 105 der „Deutschen Bergwerkszeitung“. Dort schreibt Herr August Rosterg, der führende Mann in der deutschen Kallindustrie, einen Artikel „Drehpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik“, den man als ein Gesamtprogramm des deutschen Unternehmertums ansehen kann. Rosterg stellt vier unumstößliche Tatsachen zusammen, die den Ernst der gegenwärtigen Situation hervortreten lassen sollen. Diese sind: erstens der verlorene Krieg, zweitens die überhöhen Soziallasten, drittens unsere Handelsbilanz, die eine starke Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zuläßt, und viertens die hohe Ziffer der Arbeitslosen. Aus den zwei Millionen arbeitsloser und konsumierender Menschen wieder produzierende zu machen, sei das höchste Ziel, das es zur Zeit in Deutschland gibt. Und auf das gewiß nicht unwichtige

Abbruch der Heimat.

Ja, in der Holzgasse 5 bin ich als siebtes Kind eines armen aber ehrbaren Handwebers geboren. Da der liebe Gott bei meinem unerwünschten Eintritt in das Licht des Lebens nicht anwesend sein konnte, bin ich als Wildling aufgewachsen und es ging ganz gut so. Was die oft empfohlene Lebensförmigkeit und die damit zusammenhängende materielle Unterlage anbetrifft, bin ich nicht über die erbärmliche Wohnkondition meiner Erzeuger hinausgekommen. Mit einem Fuß stand ich schon immer auf verlorenen Erde, und der andere fror im Ungewissen.

Nun ist die Holzgasse immerhin eine anständige Straße in unserer Stadt, allerdings, was zu bemerken ist, etwas krumm im Rückgrat und hohlwangig auch sonstwo, aber was man liebt, ist und bleibt schön über alle Massen. Die Häuser sind graue Steinblöcke, kaum mehr als fünf Meter in der Breite — von der Dämmerung beleckt, scheinen sie, als schachtele sich das eine in das andere, als wollten sie ineinander kriechen. Sie sind alle etwas mickrig um das Unterteil herum, rostfleckig und griesgrau behäufet wie bei einer heraufeilenden Krankheit liegt es auf den Steinen, und nur einige Bäume, drei oder vier, wenn man etwas Strauchwerk dazu rechnet, die sommers das Laub wie Meerschaum durch die Straßen werfen, machen diese Landschaft um wenige Prozent freundlicher.

An die ersten Jahre meiner Kindheit kann ich mich schwer erinnern. Ich teile wohl dieses Unvermögen mit der größten Anzahl meiner Mitmenschen. Erst fünfjährig entdeckte ich, ein an Alter und Lebenserfahrung fröhlicher Dreikaiserloch mit einem mir angeborenen Erlebnisdrang, die Geheimnisse unserer Gasse. Erst baldomerte man die Kellerlöcher aus, dann die Hundehütten, die Rotunden, die Schutthalben, die Hausflure und fremde Treppenaufgänge selbige Verstecke der Jugend, wenn der Ansklopper des Vaters hinter uns lief! Erst später kamen die lebenden Nachbarn an die Reihe, der Kohlenmann, der Schornsteinfeger, die Gemüsehändler, man beroh sich erst gegenständig, ob man der... die über 50 Zentimeter in die Höhe

ragten, auch trauen könnte, dann schloß man Freundschaft mit Gleichaltrigen, die oft nicht länger über die mit viel kindlichem Temperament begleiteten, ohne Endziel jäh abgebrochenen Marmelade hinaus währte, oder sonstwie in die Brüche ging. Später pflegten wir dann auch mit hochnässiger Zurückhaltung einige Beziehungen zu den Mädchen, diese Heuljören und Gummipuppen, die, wenn es einem Spaß machte, bestenfalls als Indianerquaws und Prinzessinnen zu gebrauchen waren und dabei übel zugerichtet wurden.

Nachdem man sich so einen nicht zu verachtenden Habitus an Lebensweisheit angeschafft hatte, war man mit etwa sechs Jahren ein fertiges, gemachtes und, was beim Jörn aller Mütter zu entschuldigen sei, ein ewig dreckiges und zerlumptes Männlein.

Es ist etwas Köstliches, sich an diese kleinen Eroberungen seiner vormaligen Erlebniswelt erinnern zu können, haben doch diese Erlebnisse einer wenig oder gar nicht behüteten Kindheit nachdauernde Bedeutung, und trugen wir doch schon alle damals den großen Menschen in Wachs und en miniature in uns, den wir heute in mehr oder weniger glücklicher Form abgeben.

Eines frühen Morgens kam eine Kolonne Arbeiter in die Holzgasse marschierend, alles kräftige Jungen, vom Schweiß braun gebräunt, mit Wagen kamen sie heran, vollgepackt mit Werkzeugen, Spaten, Hacken, Balken, Schubkarren. Sie rissen Glockenschlag 7 Uhr das Pflaster auf und krabbelten sich von Tag zu Tag immer tiefer in die Erde. In einer Woche war unsere Straße in einen Granatfrüher verwandelt. Da wurde herumgepickt, geschaukelt, wurden Träger gerammt, Balken gelegt und, ja, ich wollte fast aufschreien, da kam auf einmal am vorigen Donnerstag das Haus Nummer 5 heran. Mir schien das Blut in den Adern gerinnen zu wollen, und aus meinem Herzen brühte sich qualvoll eine Protestaktion hervorzubrechen. Erst deckten die Jungen das Dach ab, und dann kamen die Stockwerke an die Reihe. Die Hacken bissen wie wild darauflos. Schon lag aufgeklappt, ein Totenkopf, die obere Hälfte des Hauses gegen die Sonne. Und Stunde um Stunde

wurde Meter um Meter von oben nach unten, Stein um Stein, tiefer gehobelt.

Mußte das sein? Frage und Antwort sind ein Privatgespräch, über das der Magistrat unserer Stadt, könnte er es hören, sich vor Lachen den Bauch halten würde. Man ist dumm und klein in der Erschütterung, die das Herz preßt, und jede Vernunft, der wir sonst zugewand sind, wird eine lächerliche Maske. Gott, es war nicht der Tod, der mich anfaß, nein doch, es war nur das Haus meiner Kindheit, der Hort so vieler heimlicher schamvoller Wünsche und Begierden, eine dreckige Wohnkammer, die neuem Leben den Weg freimachen sollte. Doch jeder Stein atmete Heimat, die schon am nächsten Drahtzaun ihre Grenze zog, und jede Tür war Zeugnis der vielen knabenhaften Erlebnisse.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der vorigen Woche schloß ich unruhig und wurde von bösen Träumen hin- und hergeworfen. Hakennasige Gesichter selzten in meinem Zimmer umher, knackerten mir in die Ohren und gruben sich in mein Fleisch ein, und dann sah ich mich unter den gläsernen Trümmern meines Geburtshauses begraben. Da wachte ich auf, und schlich bangen Herzens, verwirrt noch von der Qual der halben Nacht, in den vorderen Teil der Holzgasse. Hier lag Nummer 5, ein Skelett, und ein ungeheurer Schmerz durchriß mich und sah dann in der Kehle, und ich konnte ihn nicht ausbrüllen.

Der dicke Gustav Pumpe, der in der benachbarten Maßstraße einen Baumaterialienhandel mit etwa 1000 M wöchentlichem Reinverdienst betreibt, und den ich Jahre hindurch nicht gut riechen gelernt habe, hatte den Abriß übernommen. Wie mit Messern grub sich das aufgeplusterte Schild seines fettglänzenden Namens in meine Seele.

Aus den Steinen werden sie vielleicht ein neues Haus bauen. Durch die Tür, durch die ich mich abends oft forschlich, um das brodelnde Feuer meines aufbrechenden Jünglingsstums zu kühlen, wird ein Fremder gehen. So blüht neues Leben aus den Ruinen, und die sterblichen Reste meiner engeren Heimat sind wieder künftigen Schicksal

Siel, die in Deutschland vorhandenen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen, baut Kosterger seine Vorschläge auf. Bei der Frage Lohnhöhe und Arbeitszeit macht Herr Kosterger das Eingeständnis, daß die Höhe der Lohngestaltung nicht das wesentliche ist. Denn Kosterger ist sich klar darüber, „daß gerade eine gut entlohnte Arbeiterschaft den Inlandskonsum in bedeutendem Maße stärkt und dadurch mittelbar der Wirtschaft wieder Nutzen bringt. Auch ist der Kampf um die Lohnhöhe nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen; er ist die Folge des unbeltrbarsten aller menschlichen Atome, des Strebens nach Erwerb“. Also hierauf legt der Artikel-schreiber das Hauptgewicht nicht, sondern auf die Verhältnisse bei der Arbeitszeit. Und so legt er denn in längerem Ausführungen auseinander, daß die Verlängerung der Arbeitszeit dasjenige Moment ist, das alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben vermag. Zwar ist sich Kosterger klar darüber, „daß im Falle einer durchgreifenden Verlängerung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen zunächst anwachsen wird“. Doch bei der sich daraus ergebenden ansteigenden Konjunktur würde die Arbeitslosigkeit in um so stärkerem Maße wieder fallen. Das habe die Entwicklung der Konjunktur im Jahre 1927 klar bewiesen. „Der scheinbare Umweg über die anfängliche Steigerung der Arbeitslosigkeit wird sich daher doch stets als der kürzeste und sicherste Weg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit erweisen. Andererseits wird aber eine Verlängerung der Arbeitszeit der deutschen Volkswirtschaft Vermögenswerte und sonstige Vorteile von ganz ungeheurem Ausmaße einbringen. Von sachkundiger Seite ist das Ergebnis einer Arbeitszeitverlängerung um zwei Stunden pro Tag auf Milliardenwerte berechnet worden. Diese Milliardenwerte würden die Basis für die Verbilligung unserer Produkte bilden. Sie würden ferner zusätzliche inländische Kaufkraft schaffen, unsere Wettbewerbsfähigkeit im Auslande stärken und den Absatz auf ausländischen Märkten heben. Mit andern Worten: Diese Milliarden würden die Grundlage für eine neue dauernde Konjunktur des deutschen Wirtschaftslebens sein.“

Die Verlängerung der Arbeitszeit muß nach Kosterger Überzeugung bei allen Erörterungen an erster Stelle stehen. „Dabei handelt es sich selbstverständlich nicht nur etwa um Mehrarbeit der Arbeiterschaft. Mehrarbeit muß vielmehr bei allen Berufstätigen und Arbeitsfähigen, ob Geistes- oder Handarbeiter, arm oder reich, geleistet werden.“ Der gute Mann hat hier ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Und dies zu einer Zeit, als sich Scharen von deutschen Müßiggängern anschicken, die in- und ausländischen Bäder zu bevölkern, um den ertasteten Mehrwert dort, aller Welt sichtbar, zu verprassen. Es wird dann weiter ausgeführt, daß gerade führende Männer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei sich den Standpunkt von der Mehrleistung durch längere Arbeitszeit zu eigen machen müßten. Gerade der

Reichsarbeitsminister müsse wie ein Löwe dafür kämpfen, „daß der gesamten deutschen Wirtschaft neues Blut zugeführt werden würde, um den Arbeitern und Angestellten in ihren obersten Wünschen — nach höheren Löhnen — immer weiter entgegenkommen zu können“. Zwar ist Kosterger der Meinung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nicht für alle Dauer notwendig zu sein braucht. „Die immer größer werdende Vervollkommnung unserer Arbeitsweise gibt schon die Gewähr dafür, daß auf die Dauer eine angemessene Reduzierung der Arbeitszeit von selbst eintreten wird. Nur im gegenwärtigen Moment und in den nächsten Jahren kann Mehrarbeit unter keinen Umständen entbehrt werden.“ Im Anschluß daran entwickelt Kosterger den Gedanken, daß durch Sparsamkeit kein Reichtum zu erwerben ist, „sondern daß in erster Linie zum Erwerb von größeren Gütern eine Verdienstmöglichkeit vorhanden sein muß. Sparsamkeit an der unrichtigen Stelle ist sogar meistens von großem Uebel. Um in menschenwürdiger Weise leben zu können, brauchen wir

gar nicht bis zur Geizigkeit sparsam zu sein“. Die letzten Gedanken haben zweifellos eine gewisse Berechtigung, denn durch Sparsamkeit sich großzuhornern zu wollen, ist ein verkehrter Wirtschaftsbegriff. Aber durch längere Arbeitszeit den Effekt einer Bereicherung der Wirtschaft herbeizuführen zu wollen, führt zum Verderben und muß selbstverständlich abgelehnt werden.

Den Kerngedanken des langen Artikels des Herrn Kosterger haben wir herausgeschält. Ist die Verlängerung der Arbeitszeit in dem Umfange durchgeführt, dann sind alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland behoben; wir können gesichert in die Zukunft schauen und unsere Kinder und Kindeskinde werden es dereinst dankbar anerkennen, daß zur rechten Zeit große Männer den richtigen Gedanken gefaßt und das Heil der Zukunft gesichert haben. Doch Scherz beiseite! Es handelt sich nicht um z-bellebige Forderungen, sondern um durchaus ernst gemeinte Vorschläge weiter Unternehmerkreise, die mit einem Schläge sämtliche Errungenschaften der Nachkriegszeit zu vernichten in der Lage sind. Das mühsam errichtete Gebäude des sozialpolitischen Fortschritts, die Angleichung der sozialpolitischen Verhältnisse aller Industriekänder, wie sie durch die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes herbeigeführt werden sollen, würden mit einem Schläge vernichtet. Deutschland würde in den Veruch kommen, mit übermäßig langer Arbeitszeit Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu treiben, und es kann als sicher vorausgesehen werden, daß sich die Industrieländer, namentlich deren Arbeiterschaft, wie ein Wall gegen Deutschland erheben würden.

Trotzdem Kosterger den deutschen Gewerkschaftsführern mangelnde Verantwortung und verkehrte Einsichtnahme in die wirtschaftlichen Belange vorwirft, sind diese aber trotzdem der festsicheren Überzeugung, daß sie mit ihren Maßnahmen auf dem richtigen Wege waren und sind. Galten wir fest, daß die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft in Deutschland mächtig gewachsen ist, daß immer größere Warenberge aus den Fabriken und Werkstätten fluten und diese sich dann auf den Märkten stauen, weil kein Absatz vorhanden ist.

Nicht das Produktionsproblem, sondern der Absatz ist der Drehpunkt der deutschen Wirtschaft.

Die jetzt noch große Zahl Arbeitsloser, die wir gegenwärtig haben, ist nur deshalb vorhanden, weil die übrigen in der Produktion stehenden Hand- und Kopfarbeiter mit Hilfe der modernen Technik sowie Produkte hervorbringen, daß diese infolge der geringen Kaufkraft weder im Inland noch im Auslande Absatz zu finden vermögen. Man könnte eher der Meinung sein, ob angesichts der steigenden Produktivität und der durchrationalisierten Wirtschaft nicht eine Verlängerung, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit am Platze ist. Doch wir wollen uns nicht die Mühe machen, die brüchige Volkswirtschaftslehre des Herrn Kosterger im einzelnen zu widerlegen. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, daß mit solchen Artikeln die sozialpolitische Rückständigkeit weiter Unternehmerkreise mit aller Deutlichkeit gezeigt wird.

Die anfangs dieses Artikels gekennzeichnete nervöse Ueberreiztheit der gegenwärtigen Zeit soll die Basis bilden, um den Kurs der deutschen Sozialpolitik gewaltsam nach rückwärts zu drehen. Man glaubt die Regierung schwach genug, um ihr den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust setzen zu können. Doch möge auch die politische Staatsgewalt zur Zeit etwas schwach sein, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen sind es nicht. Wir werden den Herren entsprechend begegnen, wenn sie solche Gedanken, wie sie Herr Kosterger entwickelt, in die Tat umsetzen sollten. Dem Angriffs-willen der Unternehmer werden wir den ernstesten Widerstand entgegensetzen. Nicht Rückbildung der sozialpolitischen Errungenschaften, sondern Fortentwicklung derselben soll die Parole sein! Der Drehpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik ist nicht die Verlängerung der Arbeitszeit, sondern die Erhaltung eines gesunden und lebensfähigen Arbeiterstammes.

vielen Kinder, die dich zu Hause brauchten. Welcher andere Ausweg wäre dir auch geblieben? Ich habe dich bei dieser Arbeit gesehen. Schweiftriefend standest du an der Löffelpresse, inmitten von Schmutz und Rauch, und über dir brannte die Augustsonne. Wenn du dann abends nach Hause kamst, hungrig und müde in allen Gliedern, erwarteten dich neue Pflichten. Der Vater brauchte deine Pflege, und wir Kinder hatten Hunger. Und um alles mühestest du dich kümmern. Nie werde ich jene Tage vergessen. Du hast beim Schein der Petroleumlampe bis spät in die Nacht hinein unsere Kleidung ausgebeßert, und nach wenigen Stunden der Ruhe erwartete dich der neue Werkeltag.

Jein Kinder hast du damals ganz allein ernährt. Das wird dir keine der wohlgenährten Bürgerfrauen so leicht nachmachen. Fünfzehn Kinder hast du geboren und sie in Ehren aufgezogen. Aber du, meine unglückliche Mutter, bist dabei zugrunde gegangen. So ist das Leben.

Ich habe als Erwachsener manchmal bitter gelächelt, wenn ich das abgedroschene Allgemeinwort der bürgerlichen Klassen hörte: Viel Kinder, viel Segen. Sie sollten nur wenige Wochen einmal das Leben einer Proletarierfrau mit kinderreicher Familie kennenlernen. Sollten einmal sehen, wie die Hauswirte dafür sorgen, daß keine kinderreiche Arbeiterfamilie in ihre Wohnungen einzieht. Und sie würden wohl bald anders reden.

Wie sehnsüchtig wartete meine Mutter darauf, daß eins von uns aus der Schule käme. Denn aus der Schule kommen, das hieß für uns ein Esser weniger, das hieß fort in die Welt und auf eigenen Füßen stehen. Und die Jahre kamen und gingen. Unsere Mutter wurde älter und sah doch nie etwas vom Leben da draußen. Am Sonntag-nachmittag saßest du zu Hause, stopfstest Strümpfe oder hafftest andere Arbeiten zu verrichten. Keine Reise, keine Erholung, nichts von alledem. So war es immer. — Die wenigen Sonntage, die du außer dem Hause verbrachtest, sind zu zählen. Immer dasselbe Tun und Treiben, jahrein, jahraus. Keinen Trost im Herzen als das eiserne: Ich muß! Aber die Welt bleibt nie stehen, auch wir wurden

Grundlofer Reichum oder Grundlagen der Grundrente.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Die Stadt Neuyork liegt auf der Insel Manhattan. Hier kaufte in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts Johann Jakob Astor große Bodensflächen auf und spekulierte darauf, daß der Wert dieses Bodens durch das Wachsen der Stadt Neuyork steige. Tatsächlich hat sich auch bis heute der Wert dieses Bodens vertausendfacht, ohne daß zu dieser Wertsteigerung Astor oder seine Nachkommen durch Arbeit etwas hätten hinzutun müssen. Als Johann Jakob Astor 1848 starb, hinterließ er seinen Söhnen ein Vermögen von lumpigen 20 Millionen Dollar. Dieses Vermögen vergrößerte sich durch Grundstücks-spekulationen der oben geschilderten Art bis zum Jahre 1912 auf 450 Millionen Dollar.

In Schöneberg bei Berlin kaufte vor hundert Jahren ein Bauer ein Kartoffelfeld um 2700 Taler und bearbeitete es mit seinen Familienmitgliedern und seinem Gesinde im Schwelge seines Angesichts. In den siebziger Jahren verkaufte er diesen Boden um 8 Millionen Mark, das sind 2 Millionen Taler. In 50 Jahren stieg also der Wert um 1 997 300 Taler, oder pro Jahr um das fast Sechzehnfache des ursprünglichen Wertes. Gibt es einen Menschen, der da glaubt, daß diese jährliche Verelfachung des Bodenwertes der Arbeit unseres Landmannes und seiner Mit-helfer geschuldet war?

Der russische Zar hatte in den letzten Jahren vor dem Krieg ein jährliches Einkommen von 150 Millionen Mark, davon stammten zwar mehr als 32 Millionen Mark aus Steuergeldern, ebensoviel aus den im Privatbesitz des Zaren befindlichen Gütern mit ihren Gold-, Silber-, Platin-, Kupfer- und Eisenerzwerken und etwa 80 Millionen Mark aus den Kronländern. Die kaiserlichen Kronländer — Kronländer nennt man die dem jeweiligen Herrscher vom Staat zur Nutzung überlassenen Güter — waren so groß wie die Republik Deutsch-Oesterreich und enthielten die schönsten Wälder Europas, aus denen Niesenmengen Holz verkauft wurden; ein Drittel des ganzen Gebietes war an Landwirte verpachtet, die hohe Pachtzinsen zahlen mußten und, um außer diesen auch noch einen Profit für sich herauszuschinden, ihre Arbeitskräfte auf das schändlichste ausbeuteten.

Jeder gebildete Mensch weiß, daß der Besitz von Produktionsmitteln (Maschinen, Fabriken, Rohstoffen usw.) ein arbeitsloses Einkommen, den Profit, verschafft. Weniger bekannt ist, daß solches arbeitsloses Einkommen auch aus dem Besitz von Grund und Boden entsteht. Jedes arbeitslose Einkommen nennen wir Rente; eine aus dem Besitz von Grund und Boden stammende führt daher den Namen Grundrente.

Woher stammt die Grundrente? Sie kommt dadurch zustande, daß derjenige, der den Boden nicht hat, aber braucht — zum Beispiel zur Erbauung eines Hauses oder zum Anbau von Getreide — durch denjenigen ausbeutet wird, der den Boden hat. Auf Grund seines Eigentums-rechtes kann nämlich der Eigentümer von dem Benutzer für die Benutzungs-erlaubnis die Ueberlassung eines Teiles des Arbeitsvertrages verlangen.

Daß die Grundrente aus der bloßen Machtstellung des Bodenbesitzers entsteht, wird noch verständlicher, wenn man sich einmal vorstellt, daß der ganze nutzbare Boden Eigentum eines einzigen wäre. Dann müßte diesem eben jeder, um den Boden überhaupt benutzen zu dürfen, eine Abgabe zahlen. Ähnlich ist es auch in England, wo die ganze Bodenfläche Eigentum einer kleinen Anzahl von Landadeligen ist und zur Bewirtschaftung verpachtet wird.

Wenn der Boden verpachtet ist, erscheint die Grundrente in Form von Pachtzins. Das sieht folgendermaßen aus: In England zum Beispiel, wo der Boden im großen verpachtet und im großen bewirtschaftet wird, muß der Pächter im Ertrag zuerst die Kosten seines Betriebes, also Materialspesen und Arbeitslöhne hereinbringen. Zweitens muß für seine Unternehmertätigkeit, wie für jede Unternehmertätigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft, ein Profit abfallen, ein Profit, der selbstverständlich die landesübliche

zugewandt. So stand ich in stummen Gedanken. Freitag nacht, und schüttelte die Erinnerungen ab, die mich aufzressen wollten. Ich bin kein Mann für ewige Trauer; stumm trägt man das, was zur Treue verpflichtet. Einen Stein brach ich; das wird mich hinüberretten. Jetzt in die Luft gespien, es geht wieder vorwärts. Nur dem Heute und Morgen gehören wir.

Da stand der Hausstumpf, angegriffen von der Hache der Zeit, ja, und es schien, als tropfte noch einmal eine stillerhaltene selige Musik meiner Kindheit aus seinen geborstenen Augen. M. Dschilewki.

Mutter.

Du bist nun alt geworden meine Mutter. Dein Gang ist gebückt, matt sind deine Augen. Fern bin ich jetzt von dir. Aber oft an den Stunden des Abends denke ich an dich und dein arbeitsreiches Leben. Du warst eine rechte Proletarierfrau, meine Mutter, und nichts ist dir erspart geblieben. Nichts von all den Mühen und Sorgen unserer Klasse. Ich sehe die Fabrikshornsteine und die Kohlenhalben meiner Heimat, sehe die Arbeiter der Schächte, die am Feierabend nach Hause wanderten. Müdigkeit und Erbitterung in ihren Gesichtszügen wie verkörperlichte Gestalten von Anier. Und ich weiß noch genau, wie die Sorge gar ein unzer Gast war. Sie war es, die unsere Kindheit trübte — und unser Mutter Leben zermalmte. Kindheit und Jugend, Worte mit solchem Wohlklang wie nur wenige unserer Sprache. Was nützen sie dem Arbeiter-kinde, dessen trübsten Erinnerungen mit Not und Entbehrungen verknüpft sind? Streiks und Aussperrungen, der lebensgefährliche Beruf des Vaters, der geringe Lohn, was bleibt da die Lebensfreude?

Aber du meine Mutter verzagtest nie. Trotz alledem und alledem. Du hast geschafft wie ein Arbeiter. Und immer warst du die Güte selbst. Weißt du, damals, als der Vater im Schacht verhängelt wurde und wochenlang schwer krank zu Hause lag? Auch in jenen Tagen hast du ausgehalten. Bist selbst auf Arbeit gegangen, trotz der

älter und traten ins Leben hinein. Du warst immer sehr weich gestimmt, meine Mutter. Als ich in die Welt ging, sagtest du mir: Bleib ehrlich, mein Junge! Und ich drückte deine zitternde Hand und gelobte dir, gut zu sein.

Wieder gingen Jahr um Jahr ins Meer der Unendlichkeit. Da geschah es einft, daß ich nach langer Abwesenheit wieder einmal nach Hause kam. Es war an einem Malen-tage. Auf den Bäumen der Landstraße, die vom Bahnhof nach dem Dorfe führt, prangten die Kirschblüten wie frischgefallener Schnee. In der Luft zwitscherten die Lerchen; überall freute sich die Welt des Frühlings.

Da war es, daß ich meiner Mutter begegnete. Ich sah, wie ihr ein freudiger Schreck über das Gesicht huschte. Und da konnte ich mir nicht anders helfen. Ich stellte meinen Koffer auf den Boden und küßte meiner Mutter die eingefallenen Wangen. In der Freude des Wiedersehens weinte ich — und habe mich der Tränen nicht geschämt. Ich weiß, wir Arbeiter sind ein rauhes Geschlecht, Zärtlichkeiten sind unter uns selten, aber wenn uns die Freude zu Umarmungen hinreißt, so wissen wir: sie ist ehrlich empfunden. Unsere Seele verstaubt durch den All-tag, und gar oft auch die Liebe und all die Ideale und die glühende Hoffnung der Jugend.

Nam, meine Mutter, bist du alt geworden. Älter als deine Lebensjahre. Und du bist so krank. Krank an Leib und Seele. In deinem Gesicht sind Falten, graue Haar-strähnen an den Schläfen. Doch in den Winkeln deiner schmalen Lippen leuchtet das gütige und wehmütig-ver-zichtende Lächeln wie in vergangenen Tagen. Möge dir noch einmal im Leben die Freude erblihen, mögest du noch einmal gesund werden. Ich hoffe mit Sehnsucht darauf und — kann doch nicht mehr hoffen. Es gibt ein schönes Gedicht von Dörfel v. Liliencron. Wenn ich dich vor mir sehe, wenn ich von dir träume, immer denke ich an diesen Lobgesang mütterlicher Liebe.

Wie oft sah ich die blaffen Hände regen, Ein Stück für mich, wie lieblich du sorgtest. . .

Arthur Jahr.

Höhe erreichen muß; sonst hätte doch der Pächter für den Pächter keinen Sinn. Dieser muß aber außer seinem Profit noch den Pachtzins für den Grundeigentümer herauszahlen. Denn um für sich gerade durch landwirtschaftliche Beschäftigung Profit zu erzielen, muß er, wenn er nicht genug Kapital hat, um selbst Boden zu kaufen, sich Boden ausleihen — pachten — und dafür Leihgebühr — Pachtzins — zahlen. Damit dieser ganze Vorgang dauernd möglich bleibt, müssen sich die Getreidepreise ständig auf einer gewissen Höhe halten. Sinken sie unter diese Höhe, dann hilft man durch Zölle nach. Halten sie sich aber auf der gewünschten Höhe, dann entfällt freilich auch für den auf seinem eigenen Boden wirtschaftenden Landwirt außer dem landesüblichen Profit noch Grundrente.

Neben dieser absoluten Grundrente, die jeder Boden trägt, gibt es noch andere Arten Grundrente, die der Boden nur unter bestimmten Voraussetzungen trägt. Bekanntlich ist nicht aller Boden eines Landes von gleicher Qualität. Derselbe Menge Arbeit wird daher auf Böden besserer Qualität mehr Ertrag liefern als auf Böden schlechterer Qualität. Da der Getreidepreis in einem Lande aber durchaus einheitlich ist, ohne Rücksicht darauf, ob das Getreide von gutem oder schlechtem Boden stammt, bezieht der Bauer mit dem guten Boden, der für sein Getreide denselben Preis erzielt wie der mit dem schlechten Boden, aus seinem Boden einen Ertragsprofit, ein Einkommen, für das er in keiner Weise Arbeit geleistet hat: Grundrente.

Dasselbe gilt, wenn von zwei Bodenbesitzern der eine seinen Boden in der Nähe des Verbrauchszentrums, etwa in der Umgebung der Großstadt hat, während der andere von ihr weit entfernt ist, für den Transport seiner Produkte zur Stadt Kosten aufzuwenden hat und trotzdem für sein Getreide nicht mehr bezahlt erhält, als der Bodenbesitzer in der begünstigten Lage, in der Nähe der Stadt.

Über solchen Ertragsprofit aus begünstigter Lage, Grundrente, eignet sich nicht nur der Besitzer von landwirtschaftlich nutzbarer Bodenfläche, sondern ebenso der städtische Grundbesitzer an. Denn wer im Zentrum der Stadt, in der Nähe eines Bahnhofes oder im Villenviertel gelegene Grundstücke zu Hausbauten kauft, kann mehr zahlen, weil er weiß, daß er aus den verschiedensten Gründen vom künftigen Mieter mehr Mietzins verlangen können.

Aus wessen Tasche stammt aber die Grundrente? Natürlich nur aus der Tasche des letzten Konsumenten, das heißt des Brotessers, des Fleischessers, des Milchtrinkers oder des Wohnungsmieters, der eben einen so hohen Preis zu zahlen gezwungen wird, daß für den Bodenbesitzer eine Rente abfällt.

Muß diese Ausbeutung des Konsumenten durch den Bodenbesitzer in alle Ewigkeit bestehen bleiben, etwa weil die Grundrente natürlichen oder gar übernatürlichen Kräften des Bodens entstammt?

Nein, der Tribut, den das Bodenkapital der gesamten Menschheit — wir alle sind ja Konsumenten — abnötigt, verdankt es nur der Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die den Besitz des Bodens, den alle zum Leben brauchen, einer kleinen Minderheit überläßt.

Die Grundrente wird also so lange eine Quelle der Bereicherung weniger Bevorzugter bleiben, als nicht, wie alle übrigen Produktionsmittel, auch Grund und Boden in den Besitz der Gesamtheit überführt sein wird.

Was sagt der Aktienkurs für die Beurteilung der Wirtschaftslage?

Auf der letzten Tagung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände fiel Herrn von Borzsig die Aufgabe zu, den schlechten Stand unserer Wirtschaft zu beweisen. Seine Mitarbeiter haben ihm dafür, wie es scheint, recht reichliches Zahlenmaterial zusammengetragen, das er leider recht kritiklos übernommen und mit verbindendem Text zu einem Referat zusammengestellt hat. Unter anderem führte er als Beweis für den schlechten Gang der deutschen Wirtschaft, die unmöglich noch Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen tragen könne, an, daß 41 % der an der Berliner Börse gehandelten Aktien unter pari notierten. Die Notierung zu pari oder 100 % befaßt bekanntlich, daß der Inhaber einer Aktie bei deren Verkauf genau soviel erhält, wie der aufgedruckte Betrag befaßt. Das wären bei einer 1000-M-Aktie eben 1000 M; steht dagegen der Kurs über pari, beispielsweise auf 150 %, so gilt daselbe Wertpapier 1500 M, bei einer unter-pari-Notierung von angenommen 75 % hingegen nur 750 M. Aus der Tatsache nun, daß 41 % aller Aktien unter pari notierten, folgerte Herr von Borzsig auf schlechten wirtschaftlichen Geschäftsgang. Er hat damit die Höhe des Aktienkurses zu einem Wirtschaftsbarometer gemacht, dessen Zuverlässigkeit einmal geprüft werden soll.

Es mag ganz davon abgesehen werden, daß die Borzsig'sche Durchschnittsziffer (41 %) schon eine Fehlkonstruktion ist, denn zwischen Aktiengesellschaft und Aktiengesellschaft sind oft himmelweite Unterschiede. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. mit 1 Milliarde Mark Aktienkapital und irgendeine kleine Sägewerk-A.-G. mit einigen Zehntausend Mark Kapital sind untereinander nicht vergleichbar. Herr von Borzsig hätte schon mindestens das Aktienkapital und nicht die Zahl der Gesellschaften nennen müssen. Ebenso ist es nichtslagen, daß nun 41 % unter pari notierten, wenn die restlichen 59 % so hoch über pari lagen, daß sie dem Kursbilde das Gepräge geben. In der Tat kommen ja Notierungen bis 500 % und darüber vor, die eine Anzahl von unter-pari-Notierungen aufwiegen, wenn der Durchschnitt gezogen wird. Aber das sind nebenfällige Zweckmethoden, die mit dem Aktienkurs als Konjunktursymptom an sich nichts zu tun haben.

Auf dem Wertpapiermarkt herrscht ziemlich unumstritten das liberale Marktgesetz von Angebot und Nachfrage, das ganz entscheidend die Kurshöhe bestimmt. Die Nachfrage geht aus von den Geldbesitzern, das Angebot von den jeweiligen Inhabern der Wertpapiere. Wir hatten schon eine Zeit, vor etwa 3 Jahren, als das Vertrauen des Geldmarktes zur Kreditgewährung an Industrie und Handel noch nicht wiederhergestellt war, wo der Aktienkauf die schwerste Geldanlage darstellte. Infolge der großen Nachfrage bewegten sich die Kurse dauernd nach oben. Die Spekulation kaufte immerwährend, um an den steigenden Kursen sicher zu verdienen, und die Banken stellten in

Kollege Emil Buch 60 Jahre alt.

Am 18. Juli wird unser Bezirksleiter Kollege Emil Buch 60 Jahre alt. Das will weiter nichts bedeuten für einen gesunden Mann, wie es unser Emil ist, nur daß er so langsam daran denken muß, zu dem älteren Kaliber unserer Verbandskollegen gerechnet zu werden. Immerhin ist eine 60. Geburtstagfeier dazu angetan, auf die durchschrittene Lebensbahn einen kurzen Rückblick zu werfen und das um so mehr, wenn das Geburtstagskind jahrzehntelang an verantwortungsvoller Stelle in unserem Verbandsleben steht. Kollege Buch, der am 18. Juli 1869 in Erfurt das Licht der Welt erblickte, erlernte daselbst nach Absolvierung der Volksschule das Malerhandwerk. Sobald er den Lehrbrief in der Tasche hatte, trieb es ihn hinaus in die weite, offene Welt. Alle Freuden und Leiden eines Handwerksburschen hat er in seiner vieljährigen Tüppelzeit gründlich kennengelernt, aber auch beruflich sein Können in den verschiedensten Städten bereichert und reiche Erfahrungen gesammelt. 1892 versuchte er sein Heil in Hamburg, in der



BENZEL

Stadt, die nun seine zweite Heimat geworden ist. Lange Jahre betätigte sich unser Freund in der gewerkschaftlichen und politischen Kleinarbeit. Ende der neunziger Jahre wurde er bereits zur Mitarbeit in die Hauptverwaltung herangezogen. Als 1907 der damalige Bezirksleiter, Kollege Fritz Bartels, der heutige preussische Landtagspräsident, seinen Posten niederlegte, weil er zum Parteisekretär gewählt worden war, bedurfte es energischen Zuredens, bis sich Kollege Buch bereit erklärte, den Posten als Bezirksleiter anzunehmen. Längst hatten wir im Hauptvorstand die Fähigkeit, die Zuverlässigkeit und Geeignetheit unseres Emils zu diesem schwierigen Vertrauensamt erkannt und waren uns einig, ihn aus seiner stillen, zwar auch dringend notwendigen Tätigkeit, in das wogende und vielseitige Leben und Treiben unseres Verbandschiffs zu verladen. Und das war gut so.

Nur einige Jahre noch und Kollege Buch wird sein 25jähriges Jubiläum als Bezirksleiter feiern können. Was er in den verflochtenen Jahren für den Aufbau unserer Organisation, für Blühen und Gedeihen geleistet hat, soweit es an seinen persönlichen Kräften lag, ist den Verbandskollegen, besonders den Mitgliedern im 3. Agitationsbezirk, wohlbekannt; es genügt, wenn für heute in schlichten Worten gesagt wird: Er hat seine volle Pflicht getan! Darum ist es auch unsere Pflicht, unseres verdienten Freundes und Kollegen Emil Buch zu seinem 60. Geburtstag in besonderem Maße zu gedenken und ihm unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen, in der Hoffnung, daß er noch recht lange gesund und frohgemut in unserer Mitte weile!

reichtem Maße Spekulationskredite zur Verfügung. Die Folge war ein geradezu beängstigender Hochstand der Aktienkurse. Eigenartigerweise ist damals niemand auf den Gedanken gekommen, daraus auf einen guten Geschäftsgang der Wirtschaft zu schließen. Im Gegenteil, dieser Zustand wurde allgemein als ein Krankheitsymptom betrachtet, durch das das zum Ankauf von Wertpapieren dauernd bereitgehaltene Geld Industrie und Handel, die es in Form von Krediten hätten gut gebrauchen können, entzogen wurde. Schließlich veranlaßten diese Erwägungen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu der Anweisung an die Banken, die Spekulationskredite (Reportkredite) erheblich einzuschränken. Diese Anweisung plötzlich durchgeführt, führte dann ja auch am 13. Mai 1927, dem schwarzen Freitag, zu dem gewaltigen und viel besprochenen Kurssturz, der vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus nur begrüßt wurde. So also wurden niedrige Kurse plötzlich zu einer Gesundungsercheinung. Als sich später, von dieser harten Lehre gezwungen, die Spekulation zurückhielt und die Aktienkurse infolgedessen nicht mehr zu jenen phantastischen Höhen emporstiegen, benutzte sie die Arbeitgeberpropaganda zu einem Beweis für eine angeblich schlechte Konjunktur. Ein Tatbestand aber, der, wie der Aktienkurs, geeignet ist, beides, also gute und schlechte Konjunktur, zu beweisen, ist praktisch wertlos.

Ein weiteres Moment, das den Aktienkurs zu einem äußerst unsicheren Wirtschaftspropheten macht, ist seine leichte Modelung durch alle möglichen spekulativen Einflüsse. Da werden Nachrichten in der Handelspresse verbreitet, daß dieses oder jenes Unternehmen mit starken ausländischen Finanzgruppen zwecks Befeiligung verhandle; ein ander Mal wird gemeldet, daß neue Patente zur Auswertung gelangen, dem Unternehmen große Aufträge oder günstige Kredite in Aussicht gestellt seien, hohe Dividenden zur Ausschüttung gelangen dürften uim. Nur allzuoft ist dann an all den Nachrichten, die im Börsenfall

ein lebhaftes Geräusch auslösen, kein wahres Wort, und wenn die Verwaltung dann auch bemerken, der Kurs ist nach oben gegangen, hat der Wertpapierbesitzer, der die Zusammenhänge kannte, seinen Verlust zu günstigen Bedingungen verkaufen können. Derartige Manöver spielen eigentlich dauernd und geben dem Kurs wahrlich nicht die wirtschaftswissenschaftliche Rechtfertigung, ein Konjunkturbarometer zu sein.

Der Aktienkurs steht in engstem Zusammenhang mit der Höhe des Aktienkapitals. Die Börse reagiert meist mit mathematischer Genauigkeit auf jede Veränderung, die das Aktienkapital einer Gesellschaft erfährt, sei es nun eine Erhöhung oder eine Zusammenlegung. Da der Kurs immer nur Ausdruck des wirklich vorhandenen Wertes (Anlagen- und sonstige Betriebskapitalien), aber auf die Einheit des Wertpapiers bezogen ist, kann seine Höhe nur dann aufschlußgebend sein, wenn die Veränderungen des Aktienkapitals mit berücksichtigt werden. Nehmen wir an, eine Gesellschaft legt ihr Aktienkapital im Verhältnis von 2:1 zusammen. Statt der 100 Millionen Mark sind jetzt nur noch 50 Millionen Mark an Aktienkapital vorhanden. Der Besitzer einer Aktie würde die Hälfte seines in diesem Papier angelegten Geldes verlieren, was angesichts der Tatsache, daß der wirkliche Wert des Unternehmens keine Verminderung erfahren hat, eine ganz anormale Situation ergeben würde. Hier schafft die Börse im Kurs den Ausgleich. Stand früher der Kurs auf 120, galt als eine 1000-M-Aktie 1200 M, so hatte der Besitzer von 2 Aktien 2400 M Wertbesitz. Nach der Zusammenlegung im Verhältnis von 2:1 stieg der Kurs auf das Doppelte, auf 240, so daß danach der Besitzer zwar noch eine Aktie hatte, die aber ebenfalls einen Wert von 2400 M repräsentierte. Hier haben wir nun zwar einen hohen Kurs, aber dem Unternehmen geht es nicht besser als vorher auch. Umgekehrt sinkt natürlich der Kurs bei Kapitalerhöhungen. Aber auch hier ändert sich nichts am Geschäftsgang des Unternehmens. Nun sind während der letzten Jahre in viel, viel stärkerem Maße Kapitalerhöhungen durchgeführt worden als Zusammenlegungen, und daher der Tiefstand der Kurse, woraus aber niemals auf eine schlechte Wirtschaftslage geschlossen werden kann. Wenn das die Unternehmerrakete tun, so verfolgen sie damit sozialreaktionäre Zwecke, die wohl das Mittel heiligen, ihm aber nie und nimmer wirklichen Wert verleihen.

Auch die neuerdings stark in Übung gekommene Methode der Selbstfinanzierung ist auf die Kursgestaltung nicht ohne Einfluß geblieben. Die zunehmende Kapitalkonzentration hat das Aktienpaket zum Herrscher und Beherrscher der Unternehmungen gemacht. Ein außerordentlich großer Teil der deutschen Aktien liegt in Paketen fest. Ihre Besitzer sind lange nicht in dem Ausmaße, wie die Kleinaktionäre, an hohen Dividenden interessiert, auf deren Bemessung letztere so gut wie gar keinen Einfluß haben. Dem Großaktionär stehen viele andere Wege offen, aus dem Unternehmen Kapital zu erhalten, als die Dividende, an deren Höhe ihm deshalb wenig zu liegen braucht. Niedrige Dividende aber drückt den Aktienkurs und läßt es dem Augenstehenden ratlos erscheinen, seit Geld nicht in Aktien anzulegen. Die Nachfrage vermindert sich auf diese Weise, worin wiederum die Tendenz zur Kursenkung liegt. Trotzdem ist das kein Zeichen schlechten Geschäftsganges. Im Gegenteil, auf dem Wege der Selbstfinanzierung hat das Unternehmen billiges Kapital erhalten und steht gefestigt da. Auch ist der Widerspruch, aus niedrigen Aktienkursen auf schlechtem Geschäftsgang schließen zu wollen, ganz offensichtlich.

Bei hohen Aktienkursen fordert die Unternehmerpresse regelmäßig eine angemessene Verzinsung. Die Begründung dafür lautet etwa so: Der Käufer einer 1000-M-Aktie, die mit 200 im Kurs steht, gibt dafür 2000 M aus. Eine Dividende von 10 % bedeutet, da sich diese ja nur auf die aufgedruckten 1000 M bezieht, eine wirkliche Verzinsung von 5 %. Das ist natürlich zu wenig, und eine 20-%-Dividende wäre dann erst angemessen. Dann ist eben der Dividendenfuß der Beweis schlechter Konjunktur. Also, ob der Aktienkurs hoch oder tief steht, wer mit ihm zu jonglieren versteht, wird in ihm immer ein Mittel finden, „Pessimist“ zu sein. Wir Gewerkschafter haben aber nicht den mindesten Anlaß, diesem Zweckpessimismus Glauben zu schenken, der mit so ansehnlichen Mitteln erzeugt werden muß. F. V.

Berufsunfälle

Bremen. Der 21 Jahre alte Kollege Paul Reimershofer war auf einem Neubau tätig. Beim Verlegen von Gerüstbrettern stürzte er am 5. Juni vermutlich durch Verlieren des Gleichgewichts mit dem Gerüstbrett aus 7 1/2 m Höhe ab. Er schlug mit dem Kopf auf die Betonstufen des Kellereingangs, wo er besinnungslos gefunden wurde. Im Krankenhaus kam er erst nach einigen Tagen wieder zum Bewußtsein. — Am 6. Juni arbeitete Kollege Julius Bischoff mit noch einem Kollegen auf einem Gerüst (zwei Leitern und ein Brett). Da die Leitern wackelig waren, bekam B. das Übergewicht und mußte abpringen, weil er sich nicht mehr festhalten konnte. Der Kollege erlitt Beinquetschungen und einen Bluterguß. — Der bei den Gollath-Werken beschäftigte Kollege August Bretschneider (Lackierer) zog sich am 27. Juni beim Schleifen eine Schnittwunde mit dem Kittmesser zwischen Mittel- und Zeigefinger der rechten Hand zu, wodurch er erwerbsunfähig geworden ist.

Baugewerbliches

Die Belastung der Bauhüttenbewegung an Steuern und Abgaben 1928 hat der Verband sozialer Baubetriebe durch eine Umfrage festgestellt. Die Deutsche Volkspartei hat seinerzeit einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die gleiche Besteuerung der privaten, öffentlichen und der sozialen Baubetriebe verlangte und der besonders für die Bauhütten ein Verbot steuerlicher Begünstigungen wünschte. Der NSB hat die genannte Partei bereits bei Veröffentlichung der

Vorwärts!

Nur eine Aufgabe ist uns beschieden, und die heißt: vorwärts! Das Alte war. Das Neue und Junge liegt vor uns. Ihm gilt's zu dienen.

Wir mögen von des Lebens Last auch einmal müde werden. Wir ruhen aus, und dann geht's vorwärts. Auch mögen des Lebens kleine Alltäglichkeiten recht oft uns verstricken. Wir überwinden sie und steigen dann wieder aufwärts zum Licht.

Den Blick hinauf! Wir sind Sonnenkinder. Den Staub des Gegenwärtigen zu tragen, ist gegen hohen, menschlichen Sinn. Schüttelt ihn ab! Seid euch der Aufgabe zu kühnem Schwunge bewußt! Näher der Sonne!

Vorwärts! Kämpfen ist heilige Pflicht. Gestalten allein ist beglückend. Gewerkschaftskampf ist der Kampf zum Licht.

Abseits stehen ist Schwärmen und Träumen. Der Kämpfer allein erlebt Ideale. Er wächst im kämpfenden Glauben hinaus zum Neuen und neigt seine Stirn den lichten Höhen eines sonnigen Menschentums.

Steuerstatistik der sozialen Baubetriebe für 1927 (siehe „Soziale Bauwirtschaft“ Nr. 21, Jahrgang 1928) aufgeföhrt, zu dieser Steuerstatistik Stellung zu nehmen, die ergab, daß die zum Verband sozialer Baubetriebe gehörenden Betriebe im Jahre 1927 nicht weniger als 1,36 Millionen Reichsmark Steuern gezahlt hatten. Die Deutsche Volkspartei hat darauf bis heute nichts zu sagen gewußt. Daß die sozialen Baubetriebe auch im Jahre 1928 ihren Teil zu den Steuereinnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden beigetragen haben, geht aus der Steuerstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für 1928 hervor.

Die Belastung der sozialen Baubetriebe mit Steuern und Abgaben war im Jahre 1928 größer denn je zuvor. 130 berichtende Betriebe zahlten zusammen 1 773 627,68 M. Steuern. Auf jeden Betrieb entfielen also im Durchschnitt rund 13 700 M. In Wirklichkeit sind ja die Baubetriebe in ihrer Größe sehr verschieden. Es sind zum Beispiel Betriebe darunter, die nahezu 200 000 M. und Betriebe, die nur Hunderte von Reichsmark Steuern zahlen. Durchschnitt- und Gesamtsumme stiegen seit 1925 laufend. Jeder Betrieb zahlte durchschnittlich 1925 8000 M., 1926 8200 M. und 1927 10 200 M.

Im einzelnen entfielen 1928 auf die Umsatzsteuern 819 998,03 M. und auf die Einkommensteuern 660 047,58 M. Hierbei ist zu bemerken, daß an Lohn- und Gehaltssummensteuern in einigen Gemeinden Preußens über 4,5 % der Löhne und Gehälter erhoben werden, beispielsweise in Wannsee 4,56 %, in anderen dagegen nur 1 %. An Vermögenssteuern wurden 115 541,16 M. und an Kapitalverkehrssteuern 60 086,74 M. gezahlt. Kraftfahrzeug- und Wegebausteuer erforderten 49 276,57 M. und Hauszinssteuern 32 460,55 M. In den sonstigen Steuern sind enthalten: Börsenumsatzsteuern, Hundesteuern und — Kirchensteuern! Handwerker- und Handelskammern forderten den Betrieben 10 653,61 M. ab. Sonstige Abgaben, die in der Hauptsache Berufsbeiträge und Beiträge für Zwangsinnungen enthalten, wurden in Höhe von 25 986,45 M. abgeführt.

Werden zu all diesen Steuern noch die des Verbandes sozialer Baubetriebe mit insgesamt 22 450 M. hinzugerechnet so hat die Baubetriebsbewegung die staatliche Summe von 1 801 077,68 M. Steuern für das Wirtschaftsjahr 1928 aufgebracht.

Gewerkschaftliches

Forderung auf Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern an den Organisationskomitees des Youngplans.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 26. Juni 1928 an den Reichskanzler und an den Reichsfinanzminister das folgende Schreiben gerichtet:

„Innerhalb weniger Wochen sollen die im Youngplan vorgeschlagenen Organisationskomitees zusammentreten, um das Sachverständigenrat abten in Einzelheiten auszubauen. Es handelt sich hierin wieder um Fragen, die auch die Interessen der Arbeitnehmerschaft weitgehend berühren. Für die Reichsbahngewerkschaft wird im Youngplan sogar ausdrücklich auf die Regelung der Personalangelegenheiten hingewiesen. Ebenso sehr sind die Arbeitnehmer an der neuen Fassung des Bankgesetzes sowie den andern von den Organisationskomitees zu bearbeitenden Fragen interessiert.

Zu den Verhandlungen in Paris sind Gewerkschaftsvertreter trotz unseres ausdrücklichen Wunsches nicht hinzugezogen worden. Es konnten deshalb in den Youngplan Bestimmungen aufgenommen werden, die für die Arbeitnehmerschaft besonders abträglich sind. Um so dringlicher ist jetzt die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern, damit bei der Abfassung der Ausführungsbestimmungen wenigstens diese Fehler soweit wie möglich wieder ausgeglichen werden können.

Wir müssen umso mehr auf der Berücksichtigung anderer Forderungen bestehen, als der Arbeitnehmerschaft jetzt anscheinend auf andern Gebieten Opfer zugemutet werden sollen, die ohnedies tiefe Erregung in ihren Kreisen auslösen.“

Das Heer der Angestellten.

Das Heer der vielen Millionen Arbeitnehmer, die zu den sogenannten handarbeitenden Berufen zählen, wird ergänzt durch mehr als 3 1/2 Millionen Handlungsgehilfen und Bureauangestellte, von denen nur ein Bruchteil gewerkschaftlich organisiert ist. Welche Hindernisse einer freigewerkschaftlichen Organisation unter den Handlungsgehilfen und Bureauangestellten im Wege stehen, geht aus der Tatsache hervor, daß neben dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten auch noch der nationale D.V. und der wirtschaftsfriedliche O.D.A. sich um die Angestellten bemühen. Der D.V. stützt sich in seiner Werbetätigkeit, namentlich in den kleinen Orten, auf die Chefs und leitenden Angestellten, die, besonders gegenüber den jüngeren Berufskollegen, oftmals einen ganz unzulässigen Druck ausüben. So ist zum Beispiel auch die Tatsache zu erklären, daß viele Kinder von Eltern, die selbst freigewerkschaftlich organisiert sind, dem D.V. nicht angehören, wenn sie kaufmännisch berufstätig sind. Wie trübe das Bild aussieht, beweist zum Beispiel eine Feststellung in Reutheilig, wonach ungefähr 90 % der Kinder von Arbeitnehmern, die den kaufmännischen Beruf ergriffen haben, gewerkschaftlichen Verbänden angehören. Dieses Beispiel könnte noch auf verschiedene Art ergänzt werden. Es muß daher Aufgabe jedes freigewerkschaftlichen Organisationsorgans bleiben, neben seiner Mitarbeit in der Zentralorganisation auch darauf zu achten, daß die Handlungsgehilfen und Bureauangestellten sich freigewerkschaftlich organisieren. Auskünfte über den D.V. erteilen die Ortsgeschäftsstellen oder die Geschäftsstelle Berlin in Berlin SO 36, Oranienstraße 44.

Der Fachausschuß für die Gewerkschaftspraxis hatte die Redakteure der Verbandsorgane am 13. Juni zu einer Konferenz nach Bremen berufen, da auch vom Nord-

deutschen Lloyd eine Einladung zur Besichtigung seines vor der Vollendung stehenden Riesendampfers „Bremen“ vorlag, für deren Annahme sich die meisten Kollegen ausgesprochen hatten. Der Hauptpunkt der Beratung war, was getan werden kann, damit die Verbandszeitungen so schnell wie möglich in die Hände der Mitglieder kommen. Schon bei der ersten Zusammenkunft des Fachausschusses war besonders diese Frage als aktuelle bezeichnet worden, die baldigst geklärt werden müsse. Durch eine Umfrage des Fachausschusses konnte festgestellt werden, daß in den meisten Verbänden zwischen Redaktionsluß und Aushandigung der Zeitung an die Verbandskollegen eine Frist von 5 bis 12 Tagen liegt. Dieser Zustand ist äußerst mißlich und auf die Dauer unhaltbar. Wir wissen alle, daß unsere wöchentlich erscheinenden Gewerkschaftszeitungen niemals so aktuell sein können wie die Tagespresse, aber sie müssen darauf bedacht sein, soweit wie möglich dieser Aufgabe zu entsprechen. Wenn zu wichtigen Verbandsfragen, Lohnkämpfen, Fragen wirtschaftlicher, sozialpolitischer oder politischer Art Stellung genommen werden muß und die Mitglieder davon erst Kenntnis erhalten, wenn diese in der Öffentlichkeit längst durch andere bedeutsame Fragen überholt sind, ist dies unter allen Umständen recht bedauerlich. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in den Verbänden, die den Postbezug der Zeitung durch die einzelnen Mitglieder selbst durchgeführt haben. So haben zum Beispiel die Buchdrucker die Nummer des „Korrespondent“, der am Donnerstag von der Redaktion abgeschlossen wird, spätestens am folgenden Sonnabend schon in ihren Händen. Ob aber die Durchführung des Einzelpostabonnements bei den meisten Verbänden so leicht zu ermöglichen ist, wie bei den Buchdruckern, ist nicht mit einem glatten Ja zu beantworten, die besonderen Verhältnisse, das Wohnen der einzelnen weit von den Arbeitsstellen weg und so manche andern Gründe spielen dabei eine große Rolle.

Die Hauptursache für die lange Frist zwischen Redaktionsluß und Auslieferung der Zeitung an die Mitglieder liegt in der Art des Versandes. Der heute übliche Paketversand ist zu zeitraubend. Die Konferenz erörterte die verschiedenen Möglichkeiten des Zeitungsverandes, ohne jedoch zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Der Fachausschuß wird diese wichtige Angelegenheit auf Grund der Aussprache weiter verfolgen und seine Vorschläge in einer Denkschrift niederlegen, die den Verbandsvorständen als Unterlage für die Reform des Zeitungsverandes dienen können. Er wird bemüht sein, verschiedene Wege zu zeigen, die je nach den Verhältnissen der einzelnen Verbände von diesen geprüft, auf ihre Bewährung erprobt und gegebenenfalls angewandt werden können.

Vorschriften über die Einreise Beschäftigungsuchender nach England. Das englische Arbeitsministerium hat kürzlich ein Memorandum veröffentlicht, das die Vorschriften für die Einreise von solchen Ausländern nach Großbritannien enthält, die hier Beschäftigung suchen. Das Memorandum faßt die bisher schon in Geltung befindlichen Vorschriften in übersichtlicher Weise zusammen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß an die Spitze der Vorschriften der Satz gestellt wird: „Jeder Ausländer, der in Großbritannien Beschäftigung sucht, muß bei der Einreise im Besitz einer schriftlichen Erlaubnis des englischen Arbeitsministeriums sein. Die Erlaubnis wird vom Arbeitsministerium nur auf Antrag des englischen Arbeitgebers, der den betreffenden Ausländer beschäftigen will, erteilt. Der ausländische Arbeitsuchende selbst kann einen dergleichen Antrag bei dem Arbeitsministerium nicht stellen. Die genannte Vorschrift trifft für Beschäftigung suchende Ausländer zu den allgemeinen Einreisebestimmungen hinzu und kommt auch in den Fällen zur Anwendung, wo es sich um die Annahme von unbezahlten (Volontär-) Stellungen handelt.“

Gemeinwirtschaftliches Wirken im Versicherungsgewerbe.

Von der Volksfürsorge, der Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeitnehmerschaft, liegt der Rechnungsabluß für das Geschäftsjahr 1928 vor. Darin heißt es: „Die Ursache des erfreulichen Wachstums der Volksfürsorge ist im wesentlichen darin zu erblicken, daß die Werbetätigkeit der Gesellschaft nicht nur immer weiter ausgreift, sondern auch im einzelnen intensiver geworden ist und es dadurch in steigendem Maße gelingt, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage Versicherungsfähigen zu erfassen. Die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Hinsicht sind fast unbegrenzt, und man kann sich ein Bild von deren Ausmaß machen, wenn man weiß, daß die Zahl der vor-

dem Kriege in Deutschland laufenden Volksversicherungen bereits über 12 Millionen betrug, während die Volksfürsorge heute erst über rund 1 1/2 Millionen verfügt. Da sie als Volksversicherungsgesellschaft die weitaus größte unter allen Gesellschaften ist und auf der Basis der gewerkschaftlich-genossenschaftlich organisierten Arbeitnehmer wirkt, wird ihr die Aufgabe zufallen, diese Volksanteile möglichst restlos zu versichern.“

Wohl ist das Unternehmen heute schon eine der größten Versicherungsgesellschaften überhaupt; aber im Hinblick auf die gewaltige Macht des privaten Versicherungskapitalismus, die sich immer mehr konzentriert, ist sie noch ein Anfang, wenn auch ein verheißungsvoller.

Es gingen im Jahre 1928 rund 550 000 Versicherungsanträge bei ihr ein. Ende 1928 zählte die Volksfürsorge einen Bestand von fast 1 1/2 Millionen Versicherungen mit 581 Millionen Mark Versicherungssumme. Die Prämieinnahme betrug 26,7 Millionen Mark, die Höhe der Kapitalerträge 3,3 Millionen Mark. An Versicherungsleistungen sind 1,9 Millionen Mark ausgezahlt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergab einen Ueberschuß von 5,1 Millionen Mark. Dem Vorschlage von Vorstand und Aufsichtsrat folgend, beschloß die am 4. Juni 1929 stattgefundenen Generalversammlung nach Zuweisung an die notwendigen Reserven auf die gewinnberechtigten Jahresprämie 25 % als Gewinnanteil zu verteilen; das bedeutet eine ganz beträchtliche Erhöhung der tarifmäßigen Versicherungssumme.

Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 60,2 Millionen Mark ab. Von den Aktiven sind bemerkenswert:

Hypotheken und Grundschuldforderungen . . .	32,8
Wertpapiere (wie Staatsanleihen, kommunale und sonstige öffentliche Anleihen)	
Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften	11,2
Guthaben (Bankabteilung der GGG, Arbeiterbank)	4,5
Von den Passiven heben wir hervor:	

Prämienreserven	40,1
Sonstige Reserven und Rücklagen	1,5
Outgeschriebene Gewinnanteile der Versicherten	6,9

(Nach Gutschrift aus dem Jahre 1928 wächst dieser Posten auf rund 11 Millionen Mark an.)

Grundsatz der Volksfürsorge ist, daß die für Anlagezwecke freien Gelder wieder denen dienstbar gemacht werden, die sie in Form von Versicherungsprämien aufbringen. So wird die Volksfürsorge ihrer Doppelaufgabe gerecht: Eine Versicherung des werktätigen Volkes und ein wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeitnehmerschaft auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu sein.

Internationale gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Der Internationale Gewerkschaftliche Ausschuß für Arbeiterbildung und Jugendprobleme faßte dieser Tage in Amsterdam unter dem Vorsitz Sassenbachs zur Bildung des I.G.B. eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Die Hauptaufgabe aller gewerkschaftlichen Bildungsarbeit soll in einer energischen Aktion der Landeszentralen zur Durchführung der Jugendschulforderung bestehen. Zur Förderung der besonderen Ausbildung des Nachwuchses für die gewerkschaftlichen Aufgaben werden die Landesgewerkschaftszentralen zu jährlicher Berichterstattung über Art und Umfang der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verpflichtet. In den Vorstandssitzungen gewerkschaftlichen Internationale werden künftig regelmäßig Fragen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Anwesenheit eines Vertreters des Internationalen Ausschusses behandelt. Lehrpläne, Leitfäden und anderes Material werden vom I.G.B. allen Landeszentralen einseitig zugestellt. Zu bestimmten Zeitpunkten finden internationale gewerkschaftliche Jugendtreffen von etwa einer Woche Dauer statt. Schließlich soll ein Austausch jüngerer Gewerkschaftsangehöriger zwischen verschiedenen Ländern zu gegenseitigem Studium der Sprache und der Gewerkschaftsbewegung eingeleitet werden.

Genossenschaftliches

Steuermißbrauch gegen die deutschen Konsumgenossenschaften. (Einheitsfront von Gewerkschaften und Genossenschaften.)

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der vom 17. bis 19. Juni dieses Jahres in Mannheim tagte, bot das Bild einer ganz ungewohnten Kampfesstimmung. Schon der Präsident Lorenz (Hamburg) wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die rechtspolitischen Führer des Mittelstandes die Konsumgenossenschaften „auf der ganzen Front“, das heißt in allen Ländern der deutschen Republik mit den verlogensten und schädlichsten Mitteln angreifen. Dazu kommen zwei Urteile, die bestimmt sind, die weitere Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung direkt zu unterbinden. So hat das Preussische Obergericht kürzlich entschieden, daß Konsumvereine, die Warenhändler und Fleischereien errichten, oder den Wohnungsbau für ihre Mitglieder betreiben, als Gewerbebetriebe anzusehen seien. Und der Reichsfinanzhof in München fällt ein Urteil, wonach Konsumvereine, die auch nur in einem oder wenigen Fällen Waren an Nichtmitglieder abgeben, körperschaftsteuerpflichtig aus Gemeinwerbsteuer sind und vom Ertrag der Genossenschaft, aber auch vom Rabatt ihrer Mitglieder zwanzig Prozent Steuer zu zahlen haben. Außerdem noch zehn Prozent Kapitalertragsteuer. Und so wurden zum Beispiel von 5 Konsumvereinen des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine allein 3 700 000 M. Nachzahlung für die Jahre 1925 bis 1927 verlangt.

Die beiden Urteile stehen in direktem Gegensatz zu früheren Entscheidungen der gleichen Gerichte. Sie bieten die Grundlage, Steueraktionen gegen die Konsumvereine vorzubereiten und haben außerdem die Wirkung, den

Mitgliedern der Konsumvereine die sauer ersparten Groschen aus der genossenschaftlichen Warenverforgung ihrer eigenen Unternehmungen wegzunehmen, um sie in die Kassen des Fiskus zu bringen. Daneben aber wird die Konkurrenzfähigkeit der Konsumvereine stark gehemmt und der Privathandel kann seine Preise nach Belieben erhöhen. Denn um Gewerbe- und Umsatzsteuer drückt er sich so gut er kann und vom Rabatt braucht er überhaupt keine Steuern zu bezahlen.

Es sind juristische Ungeheuerlichkeiten, die in den beiden Entscheidungen stecken und die besonders dadurch gekennzeichnet sind, daß nicht mehr das Wesen der Konsumgenossenschaft die Rechtsgrundlage für richterliche Entscheidungen bildet, sondern die wirtschaftspolitischen Anschauungen der Richter, die sicherlich nicht in genossenschaftlichen oder gar sozialistischen Auffassungen „befangen“ sind.

Die ganze Atmosphäre ist im übrigen durch die Jahrzehntelangen wissenschaftlich lägerischen Behauptungen der rechtspolitischen Mittelstandsbeher über die „Steuerfreiheit der Konsumvereine“ vergiftet, obwohl die Konsumvereine seit Jahrzehnten mehr Steuern zahlen als der Mittelstand. Und insbesondere mehr als die andern Genossenschaften. Da neuere Statistiken hierüber fehlen — weil die Steuerbehörden keinen Anlaß haben, die Wirklichkeit zu zeigen —, so sei nur darauf hingewiesen, daß nach der „Sozialen Praxis“ im Jahre 1912 in Preußen von 16 000 Genossenschaften nur 1929 einkommensteuerpflichtig waren die 332 608 M. Steuer zahlen, aber von 1216 Konsumvereinen zahlen 938 nicht weniger als 501 340 M. Einkommensteuer! Dabei betrug das Geschäftskapital der Konsumvereine 2,5 Millionen Mark, das aller übrigen Genossenschaften aber 59,5 Millionen Mark. Und so wie hier war und ist es in allen deutschen Vaterländern. Außerdem erhalten alle andern Genossenschaftsarten und Industrien, Handel und Gewerbe vom Reich und von den Ländern Subventionen und Staatskredite in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Mark, während die Konsumvereine schon jetzt jährlich 14 Millionen Mark Steuern zahlen müssen und nun vollends in Steuern erfauft werden sollen. So steht die Steuerfreiheit der Konsumvereine aus!

Es ist darum höchste Zeit, daß die von einem Redner auf der Mannheimer Tagung geforderte und von dem Vertreter des ADGB, zugedragte Einheitsfront von Genossenschaften und Gewerkschaften, die bezüglich des Reallohnes ein starkes Interesse an den Konsumgenossenschaften haben, in Aktion tritt und der brutalen Steuerwillkür ein Ende macht.

Sozialpolitisches

Die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft.

Mit der Höhe der Kapitalmenge, die seit 1924 in die deutsche Wirtschaft geflossen ist, beschäftigt sich eine aufschlußreiche Untersuchung im zweiten Jahrgang von „Wirtschaft und Statistik“. Sie erstreckt sich auf die über den Kapitalmarkt in die deutsche Wirtschaft geleiteten langfristigen und die auf dem Geldmarkt aufgetragenen kurzfristigen Kredite. Bei den langfristigen Krediten handelt es sich 1. um die auf dem deutschen Kapitalmarkt aufgetragenen Anleihen der öffentlichen und privaten Wirtschaft; 2. um die Summe der im Ausland aufgenommenen Anleihen; 3. um die Höhe der Aktienemissionen; und 4. um die seit 1924 aufgenommenen Hypothekarkredite. Eine Zusammenfassung der langfristigen Kredite ergibt für Ende April 1924 einen Kapitalzufluß im Gesamtbetrag von 31,08 Milliarden Mark. Wahrscheinlich ist sogar dieser Betrag noch höher, da verschiedene wichtige Kapitalmarktposten wie private Hypothekarkredite statistisch nicht erfaßt werden konnten und deshalb in dieser Aufstellung fehlen. Für die Größe der kurzfristigen Kredite, die der Wirtschaft zur Verfügung stehen, ist neben den kurzfristigen Krediten der deutschen Geldanstalten (Vorschüsse in laufender Rechnung, Warenvorschüsse, der Wechselumlauf abzüglich der von der Wirtschaft selbst finanzierten Wechsel) maßgeblich. Der Wechselbestand der Reichsbank, der Privatnotenbanken und der sonstigen Geldanstalten dienen als Berechnungsgrundlage. Diese kurzfristigen Kredite machen für Ende April 1929 die Summe von rund 24,1 Milliarden Mark aus. Dieser Betrag dürfte jedoch zu hoch angesetzt sein, da verschiedene Merkmale darauf hinweisen, daß Doppelzählungen vorliegen. Vor allem sind die von Banken an andere Banken gegebenen Kredite auszuscheiden. Unter Berücksichtigung dieser Momente kommt das Statistische Reichsamt zu einer Gesamthöhe der kurzfristigen Kredite von 21,3 Milliarden Mark, so daß langfristige und kurzfristige Kredite zusammen 51,38 Milliarden Mark betragen. Der Anteil des Auslandes an der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft dürfte etwa 11,5 Milliarden Mark ausmachen (5,5 Milliarden langfristige, 6 Milliarden kurzfristige Auslandsgelder) und stellt somit 20 % der Gesamtversorgung der deutschen Wirtschaft mit Krediten dar. Was den Anteil der öffentlichen Wirtschaft an den langfristigen Krediten anbelangt, so beträgt dieser nur 9,1 Milliarden Mark gegenüber einem Anteil von 21,9 Milliarden Mark der privaten Wirtschaft. Ingesamt läßt die verdienstvolle Aufstellung des Statistischen Reichsamtes den Schluß zu, daß die Kapitalbildung in Deutschland seit der Wiederherstellung stabiler Verhältnisse außerordentlich stark gewesen ist, wesentlich stärker jedenfalls als allgemein angenommen wurde.

Die Städte gegen die Preispolitik der Kartelle.

Die Städte Berlin, Frankfurt a. M., Halle a. d. S., Leipzig und Oberhausen haben mit der Hannoverschen Waggonfabrik, Christoph & Unmack, Mesky, und der Waggonfabrik Uerdingen einen Lieferungsvertrag für Straßenbahnwagen abgeschlossen, um sich vor weiterer Auswucherung durch das Waggonkartell zu schützen. In jeder dieser drei Aufhängerfabriken senden die Städte je zwei Aufsichtsräte zur Prüfung der technischen Herstellung und der Preisbildung. Sobald sich noch mehr Städte anschließen, wird das Waggonkartell wohl gesprengt werden, dessen Preispolitik in treffender Weise von Stadtrat Dr. E. W. in Nummer 5 der „Mittelstun-

gen des Deutschen Städtetages“ beleuchtet wird. Danach stieg der Preis für einen Frankfurter Belwagen von 12 500 M. auf 22 500 M. Die Steigerung um 10 000 M. läßt sich in keiner Weise durch die Verteuerung der Materialien und die gestiegenen Löhne begründen.

Für einen Motowagen, der ohne weiteres für 28 000 M. bis höchstens 29 000 M. geliefert werden könnte, werden 37 000 M. gefordert. Ähnlich liegen die Verhältnisse für Kraftwagen. An die Stelle der früheren direkten Reisenerlieferung durch die Fabriken ist vom 1. Januar 1929 an der Lieferungsvertrag durch Händlerfirmen getreten, was ein Steigen der Reisenerpreise um 16 % zur Folge hatte. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn die Firmen in dem Kampfe um die Aufträge sich merkwürdige Preispraktiken angewöhnt haben, die für Erzeuger und Abnehmer gleich bedenklich sind.

„Was soll man dazu sagen,“ führt Stadtrat Dr. Schmude aus, „wenn sich Firmen erbieten, um unter den Konventionspreis herabzugehen; die alte Maschine, die eigentlich nur noch Schrottwert hat, zu wesentlich höheren Preisen anzunehmen! Solche Variationen gibt es unzählige.“

Im Baugewerbe ist der gleiche Wille zur Ausbeutung der Konsumenten vorhanden. Nur die Bauhüttenbewegung wird da in ihrem Kampf gegen alle Preisschubbestrebungen auch weiterhin den Standpunkt des wirklich freien Wettbewerbs vertreten und danach handeln und nach wie vor dazu beitragen, die Bauauftraggeber vor Ausbeutung zu schützen.

Unsichere Lage des Arbeitsmarktes.

Mitte Juni ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf unter 750 000 zurückgegangen. Es ist also nur noch der dritte Teil der Erwerbslosen von Mitte März vorhanden. Dennoch beträgt das Mehr an Erwerbslosen gegenüber 1928 130 000 und gegenüber 1927 150 000. Schuld hieran ist nicht zuletzt die Drosselung des Baumarcktes durch die hohen Zinssätze. Die Wirtschaftslage zeichnet sich zur Zeit durch außergewöhnliche Schwankungen aus. Die Knappheit der Betriebsmittel und sonstige Umstände veranlassen die Unternehmer, alle entbehrlichen Arbeitskräfte zu entlassen und bei vorkommendem Neubedarf solche nur kurzfristig einzustellen. Die Lagerhaltung ist in der gegenwärtigen Zeit sehr gering. Die eben gekennzeichneten Zustände deuten darauf hin, daß man nicht mehr Waren auf Lager legt, sondern Arbeitskräfte. Die Arbeitslosenunterstützung ist zum Auffangsorgan der Wirtschaftsschwankungen geworden. Das ist ein Merkmal, das bei der Betrachtung der Arbeitslosigkeit nicht außer acht gelassen werden kann. Zurückgewiesen werden muß die Ansicht, daß die angeblich hohen Löhne die Wirtschaftsschwankungen verschärfen. Auch bei geringeren Löhnen würde der Arbeitsmarkt von Schwankungen nicht verschont sein und die Arbeitslosenunterstützung auch dann noch als Prellbock in Betracht kommen.

Fabrikarbeit nach dem Stundenplan.

Zu dem kürzlich in Paris tagenden Internationalen Kongress für „wissenschaftliche Organisation der Arbeit“ waren aus 35 Ländern 1200 Delegierte erschienen. Ein Beweis dafür, wie die Rationalisierung die ganze Welt wie ein Fieber erfaßt hat. Ueberall, wo die kapitalistische Produktionswirtschaft Fabriken, Werkstätten, Büros usw. erstehen ließ, macht sich der Drang geltend, alle Einrichtungen durch neue und bessere zu ersetzen. Der Grund von alledem ist die Erzielbarkeit der menschlichen Arbeitskraft zu steigern. Deutschland stand auf diesem Kongress nicht an letzter Stelle; im Gegenteil, nach den Vereinigten Staaten dürfte hier die Rationalisierung am stärksten durchgeführt sein. In einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, Nr. 479, über obigen Kongress wird die Rationalisierung folgendermaßen gekennzeichnet:

„Früher schickte man seine Aufträge in die Fabrik hinein und ließ dann alles treiben, verfolgte etwas die Termine, aber es war den Meistern überlassen, zu disponieren, dem Arbeiter, sich einzurichten mit seiner Zeit. Der neue Betrieb steht unter dem Einfluß des Stundenplans, des Betriebsplans. Da gibt es keine Willkür mehr; jede Arbeit ist im voraus genau festgelegt, nicht nur wie und wo, sondern auch wann, auf die Minute, sie gemacht werden muß. . . Auf einem graphischen Bild sind die Arbeiten, die zu geschehen haben, minutenweise vorher eingezeichnet. Von einer zentralen Stelle aus wird durch Lichtsignal und Filmprojektion Anfang, Art und Ende der Arbeit angeordnet. Was man vor ein paar Jahren noch für unmöglich hielt, ist Wirklichkeit geworden; der Fabrikbetrieb, das Büro, das mit der Exaktheit einer Eisenbahn läuft, nach Fahrplan, nach Signal; Verspätungen gibt es nicht, wenn nicht gerade eine Maschine zu Bruch geht oder ein anderes Elementarereignis eintritt.“

Der Berichterstatter folgert aus alledem, daß aus diesem Rationalisierungsfeber ein neuer Typ von Unternehmern und Betriebsleitern erwache. In einem solchen rationalisierten Betrieb gäbe es keinen Herrenstandpunkt mehr, nicht mehr das Ansehen und Ansehen, nicht mehr das gefühlsmäßige Urteil über Wert oder Unwert des einzelnen Mitarbeiters. Es sei mit großer Offenheit ausgesprochen, „daß es von der besseren psychologischen und menschlichen Erziehung des Vorgesetzten abhängt, ob das System der gegenwärtigen Betriebsführung Erfolg haben oder zum Scheitern verurteilt sein wird.“ — Hoffen wir, daß allgemein ein besserer Typ von Unternehmern heranwächst. Bis jetzt merkt man noch nichts davon. — In dem Bericht der genannten Zeitung wird zum Schluß darauf hingewiesen, daß die internationale Wirtschaftsstabilisierung das Ziel des Kongresses gewesen sei. Der Ausgleich zwischen Erzeugung und Konsum sei nur durch eine internationale Wirtschaftspolitik zu lösen. Das ist auch unsere Ansicht.

Die deutsche Porzellanindustrie und die ausländische Konkurrenz.

Eine der wichtigsten Exportindustrien Deutschlands ist die Porzellanindustrie. Dies um so mehr, weil das Porzellan einen hohen Anteil des Arbeitslohnes und einen verhältnismäßig geringen Anteil ausländischer Rohstoffe enthält. Der Standort der Porzellanindustrie ist Thüringen,

Sachsen, Bayern und Schlesien. Es werden rund 35 000 Arbeiter beschäftigt. Der Herstellungsgang in einer Porzellanfabrik wird noch zum größten Teil von Menschenhand besorgt. Nur bei der Massenbereitung spielt die Maschine eine wichtige Rolle. Von der Gesamtzeugung wird ungefähr die Hälfte im Inland abgesetzt, während die andere Hälfte exportiert werden muß. Die ausländische Konkurrenz ist ungeheuer gewachsen. Daneben sind die Zölle für Porzellanwaren erhöht, die Ausfuhr wurde aber durch verschärfte Verpackungsvorschriften usw. erschwert. Der Export nach den wichtigsten Absatzländern, wie Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien und Oesterreich, ist fast ein Viertel der Porzellanindustrie konnte in 1928 nur etwa zwei Drittel ihrer Vorkriegsausfuhr absetzen. Außerordentlich hohe Zölle haben Italien, Norwegen, die Vereinigten Staaten, Spanien und andere eingeführt. Der amerikanische Zoll beträgt 70 % vom Wert. In Polen besteht ein Einfuhrverbot für deutschen Porzellan. Die Eigenerzeugung wurde in allen Ländern ausgebaut. Namentlich Italien und die Tschechoslowakei zeichnen sich hierin aus. Betrug die Ausfuhr an Porzellanerzeugnissen im Jahre 1928 noch 525 000 dz mit einem Wert von 79 Millionen Mark, so betrug sie 1928 noch 455 000 dz mit 73 Millionen Mark. Die Einfuhr hat sich gehoben. In farbigen Tafelgeschirr hat sie sich von 1926 auf 1928 dem Werte nach verdreifacht. Allerdings spielt die Einfuhr eine verhältnismäßig geringe Rolle am deutschen Markt, dennoch ist dieser Vorgang charakteristisch. Man versteht deshalb die Bemühungen der Porzellanfabrikanten nahezu zulegen, in der Preisgestaltung auf das absolut notwendige Maß zurückzugehen. Vielleicht ist der Inlandsmarkt wichtig genug, um planmäßig bearbeitet zu werden. Der Porzellanverbrauch von einer Markte die Kopf der deutschen Bevölkerung ist äußerst gering und steht hinter den meisten Kulturländern sehr zurück. Die Porzellanindustrie müßte der eifrigste Förderer der Erhöhung der Massenkauftkraft sein.

Arbeiterversicherung

Arbeitslosenunterstützung an Lehrlinge, die noch kein Entgelt bezogen haben. Das Reichsversicherungsamt hatte sich längst mit der Frage zu befassen, ob Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf des Lehrverhältnisses an einen Lehrling auch dann zu gewähren ist, wenn er kein Entgelt bezogen hat. Im Gegensatz zu den Vorinstanzen hat das Reichsversicherungsamt die Frage bejaht. Ein Lehrling ist — so heißt es in der Begründung — auch wenn er kein Entgelt bezieht, an sich krankensicherungsgegenstandlich und damit auch gegen Arbeitslosigkeit versichert. Allerdings bestimmt sich die Höhe der Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich nach dem Arbeitsentgelt. Daher kann es zweifelhaft sein, ob ein Arbeitsloser, der während der Dauer des vorangegangenen Lehrverhältnisses keinerlei Entgelt bezogen hat, Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wenn die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Die Frage ist jedenfalls im Hinblick auf die für Lehrlinge gegebene Sonderregelung zu beantworten. Denn nach § 74 Abs. 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erlischt die Versicherungsfreiheit sechs Monate vor dem Tode, an dem das Lehrverhältnis durch Zellaufhebung endet. Durch diese Vorschrift sollte die erforderliche Vorsorge für den Fall getroffen werden, daß der Lehrling nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos wird. Diesem Zweck entsprechend kann es für die Unterstützungsgewährung nicht darauf ankommen, ob der Lehrling während der Lehrzeit Arbeitsentgelt bezogen hat oder nicht. Der Lehrling hat vielmehr, wenn er kein Entgelt bezog, Anspruch auf den niedrigsten Unterstützungssatz nach den §§ 106, 107 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. (Reichsversicherungsamt, I a. Nr. 210, 28.) (Nachdruck verboten.)

Das Verfahren in der Invalidenversicherung.

Sämtliche Pflichtleistungen* der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung (Renten) werden nur auf Antrag gewährt. Die Anträge können bei der Landesversicherungsanstalt direkt oder auch bei dem Versicherungsamt eingereicht werden, in dessen Bezirk der Antragsteller wohnt. Am zweckdienlichsten ist jedoch die Einreichung des Antrags bei dem Versicherungsamt, da dieses die Versicherten eher über dieses oder jenes aufklären kann. Der Antragsteller kann selbst mit dem Beamten des Versicherungsamtes verhandeln, während der Verkehr mit der Landesversicherungsanstalt nur schriftlich geschehen kann, falls der Antragsteller nicht zufällig am Sitz der Anstalt wohnt. Dem Antrage sollen die nötigen Unterlagen beigelegt werden. Als solche gelten vor allen Dingen die Quittungskarte (Invalidenkarte), etwa vorhandene Aufrechnungsbescheinigungen früherer Renten usw. Die Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses ist ebenfalls erwünscht. Ebenso kann der Versicherte, der wegen Krankheitsrente beantragen will, von seiner Krankenkasse zur Vereinfachung des Verfahrens gleich eine Krankheitsbescheinigung belegen. Alle etwa fehlenden Unterlagen hat das Versicherungsamt zu beschaffen oder sich vom Antragsteller beschaffen zu lassen. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes kann zur Feststellung der Dinge die ärztliche Untersuchung des Antragstellers verlangen. Der Versicherte kann jedoch auch ein Gutachten von einem von ihm bezeichneten Arzt beibringen, wenn er die Kosten hierfür ausbringt. Hat der Antrag Erfolg und gelangt er zur Leistungsgewährung, so sind dem Versicherten die Kosten dieses Gutachtens zu ersetzen. Verlangt es der Antragsteller oder die Landesversicherungsanstalt, so kann vor dem Versicherungsamt zur Klärung des Antrages mündlich verhandelt werden. Der Antrag wird dann, sobald alle Zweifelsfragen geklärt sind, an die Versicherungsanstalt weitergeleitet. Der Vorstand der Anstalt entscheidet dann über denselben. Dem Antragsteller ist ein ausreichend begründeter Bescheid über die Entscheidung des Vorstandes zu erteilen. Wird eine Rente festgelegt, so ist in dem Bescheid deren Höhe, der Beginn usw. anzugeben. Ebenso muß der Antrag eine

Rechtsbelehrung über eine Berufsmöglichkeit enthalten. Gegen den Bescheid kann der Versicherte bei dem Oberversicherungsamt (nicht dem Versicherungsamt) Berufung einlegen. Zuständig ist dabei dasjenige Oberversicherungsamt, in dessen Bezirk das Versicherungsamt liegt, das den Antrag aufgenommen hat. Das Verfahren vor dem Oberversicherungsamt ist mündlich und öffentlich. Der Antragsteller kann sich vertreten lassen. Auf Antrag des Versicherten oder seiner Hinterbliebenen muß ein von ihnen bestimmter Arzt gutachtlich gehört werden. Jedoch hat auch die Anstalt das Recht, durch ihre Ärzte Gutachten ausstellen zu lassen. Der Verhandlung müssen als Richter Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten beiwohnen. Auch hier ist das Urteil mit einer eingehenden Begründung dem Antragsteller schriftlich zuzustellen. Es muß außerdem darauf hingewiesen, ob die Entscheidung endgültig, oder ob eine Revision noch möglich ist. Die Revision muß dann bei dem Reichsversicherungsamt eingelegt werden. Sie ist jedoch in der Invalidenversicherung nur zugänglich, wenn das angefochtene Urteil des Oberversicherungsamtes auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Akten beruht. Außerdem ist die Revision noch erlaubt, wenn das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. Ausgeschlossen ist die Revision, wenn es sich um Höhe, Beginn und Ende der Rente, um Kapitalabfindung oder um die Kosten des Verfahrens handelt. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ist endgültig. Das oben geschilderte Verfahren gilt, wie bereits eingangs erwähnt, nur für die Pflichtleistungen (Renten).

Die wichtigste freiwillige Leistung der Invalidenversicherung ist das sogenannte Heilverfahren (Unterbringung in Genesungsheimen, Zuschüsse zu Zahnarzt, orthopädischen Apparaten usw.). Da es sich hier um freiwillige Leistungen handelt, hat der Versicherte keinen Rechtsanspruch an dieselben. Er kann also nicht klagbar vorgehen, wenn die Instanzen des Versicherungsträgers einen derartigen Antrag ablehnen. Die Anträge auf Heilverfahren können direkt bei der Anstalt, bei dem Versicherungsamt, am zweckdienlichsten jedoch von Kassensmitgliedern bei ihren Krankenkassen gestellt werden. Kl. 3.

* Ausgenommen sind Heilverfahren, auf die am Schluß gesondert eingegangen wird.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Entstellung des Leibes durch Arbeit.

Gesundheit des Menschleibes ist Schönheit des Menschleibes. Wenn das Leben und die Arbeit den Leib in Gesundheit wachsen lassen, dann lassen sie ihn auch zu Schönheit wachsen. Und Leben und Arbeit müssen so gearbeitet sein, daß der Leib in seiner natürlichen Weise zu Gesundheit und Schönheit werden kann.

Noch die Arbeit, wie sie heute von vielen geleistet wird, zwingt zu Entstellung des Leibes. Darum ist neben dem Streben nach einer natürlichen Arbeitsweise zugleich nötig ein Ausgleich in den Bewegungen des Leibes durch geeignetes Turnen.

In den Mitteilungen aus den Grenzgebieten der Medizin und Chirurgie finden wir einen Bericht über neue Untersuchungen, die im anatomischen Institut Rostock an Arbeitern vorgenommen wurden, die in Tischlereibetrieben tätig waren. Schon eine nur wenige Jahre währende Arbeit hatte nach diesen Feststellungen eine Abweichung der normalen Handentwicklung zur Folge. Es lagen nicht gerade Erkrankungen vor, aber Mißbildungen der langen Finger der Hand und zwar bei 40% in mäßiger Weise und bei 20% der Untersuchten in einer hochgradigen und dauernden Art.

Jeder Fünfte dieser Holzarbeiter war also für das ganze Leben in der Handbildung entstellt. Ein zeitiges Einlehen von Körperbewegung als Gegenmittel gegen die Berufsarbeit ist darum dringend erforderlich.

Vorbegende Gesundheitspflege an Jugendlichen.

Jugendliche bedürfen in den Jahren nach der Schulentlassung einer besonderen Fürsorge und Behandlung. Ueber eine besondere Beobachtungsstunde, die zu diesem Zwecke für Jugendliche eingerichtet wurde, berichtet Dr. von Gutfeld, Berlin, in der klinischen Wochenschrift. Es wurde in dieser Beobachtungsstunde festgestellt, daß unter den angeblich gesunden Jugendlichen nur 32% völlig gesunde Jugendliche waren. Bei 39% lagen ausgesprochene Zeichen einer Erkrankung vor und alle übrigen zeigten mehr oder weniger Entwicklungsstörungen und ähnliches.

Eine Behandlung der Jugendlichen fand in der Beobachtungsstunde nicht statt, doch wurden die Eltern und die Jugendlichen selber beraten und gefördert. An Hand der Nachuntersuchungsergebnisse wurde ein guter Erfolg dieser Beobachtungsstunde festgestellt. Damit ist wieder einwandfrei erwiesen, eine welche zwingende Notwendigkeit der Schularzt für die Berufsschule ist.

Gewerkschaftsarbeit und Tuberkulose.

Zeit Jahrzehnten zählten die Lungen- und Kehlkopftuberkulose zu den fürchterlichsten Volksseuchen. Die Lungentuberkulose wurde vielfach als Proletariatskrankheit bezeichnet. Sie hatte ihre Ursachen vor allem in den schlechten Wohnungs- und Arbeitsverhältnissen. Wo lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, unhygienische Arbeitsräume und daneben schlechte Wohnungsverhältnisse herrschten, hat die Lungentuberkulose furchtbare Verheerungen unter den Arbeitern angerichtet. Dank den Vorkehrungen, die man zur Bekämpfung dieser Krankheit getroffen hat, und vor allem der Gewerkschaftsarbeit, die die Löhne erhöhte, die Arbeitszeit verkürzte und gesundheitliche Arbeitsräume schuf, sind die Sterbefälle an Tuberkulose sehr gewaltig zurückgegangen. Starben in Preußen 1911 noch 38 176 Menschen an Tuberkulose und stieg diese Zahl im Jahre 1918 auf 60 571, so betrug die Sterblichkeitsziffer im Vorjahre noch 22 489. Seit 1923 ist Jahr für Jahr ein Rückgang zu verzeichnen. Tatsache ist, daß heute nur die Hälfte der von Lungentuberkulose Befallenen früher ins

Gras beißen müssen als vor dem Kriege. Die Gewerkschaftsbewegung kann diese günstige Wirkung auf ihr Konto setzen.

Vom Ausland

Der Verbandstag des schwedischen Malerverbandes.

Der 12. Verbandstag unseres Bruderverbandes in Schweden wurde am 2. Juni in Stockholm in dem mit Flaggen, Standarten und Blumen geschmückten grossen Saal des Volkshauses von dem Vorsitzenden des Verbandes, Otto Ljungquist, eröffnet. Anwesend waren 132 Teilnehmer, davon 113 Delegierte.

Ausser dem Tätigkeitsbericht für die letzten 4 Jahre lagen mehrere wichtige Fragen der Tagesordnung vor.

Der Vorstand hatte eine neue Statutenvorlage ausgearbeitet, die den Sektionen vorher zur Prüfung unterbreitet worden war. Auch ein vom Verbandstag gewählter Redaktionsausschuss befürwortete die Vorlage des Vorstandes. Die Statuten wurden danach angenommen und werden am 1. Januar 1930 in Kraft treten, mit Ausnahme der Bestimmung für den erhöhten Betrag der Arbeitslosenunterstützung, die vom 1. Juli 1931 an angewandt werden soll.

Die Arbeitslosenunterstützung soll danach mit höchstens 120 Kronen pro Jahr oder 2 Kronen pro Tag während 60 Tagen (jetzt 2 Kronen pro Tag während 40 Tagen pro Jahr) gezahlt werden. Da die Arbeitslosenkassen Schwedens keine Unterstützung seitens des Staates bekommen, bedeutet diese Erhöhung gewissermaßen grössere Risiken für die Arbeitslosenkasse des Verbandes.

Der Beitrag zum Verbands wurde vom 1. Januar 1930 an auf 2,10 Kronen pro Woche während 50 Wochen pro Jahr festgesetzt (jetzt 1,85 Kronen während 40 Wochen). Dazu kommen noch Lokalbeiträge, die jede Sektion bestimmt.

Der Verbandstag beschloss, versuchsweise für 2 Jahre noch einen besoldeten Kollegen anzustellen; der Vorstand wurde beauftragt, nach genannter Zeit über die Anstellungsdauer zu beschliessen. Gewählt wurde Andreas Karlsson, Stockholm, bisher Mitglied und Sekretär des Exekutivausschusses. Weiter hat der Verbandstag einen neuen „Mustervertrag“, der von den Sektionen bei Vorlegung von Forderungen an die Arbeitgeber angewandt werden soll, behandelt und angenommen.

Die Tätigkeitsberichte wurden vom Verbandstag ohne Erinnerung gutgeheissen und dem Vorstand Decharge erteilt.

Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Kollege Ljungquist und zum Verbandskassierer Kollege Bergvall mit Akklamation wiedergewählt. Die Mitglieder des Exekutivausschusses, mit Ausnahme von Andreas Karlsson, der wegen seines neuen Amtes nicht Mitglied des Ausschusses bleiben durfte und an dessen Stelle Gust. Hansson, Stockholm, gewählt wurde, wurden wiedergewählt.

Der Vorstand wurde, mit Ausnahme des Kollegen Fontaine, der sein Amt freiwillig aufgegeben hat, wiedergewählt.

Zu Revisoren wurden gewählt Hj. Pettersson, M. Sjöquist und M. Almén, sämtlich in Stockholm.

Der Verbandstag hat beschlossen, den Gesamtbetrag, der während eines Jahres als Studienbewilligung ausgezahlt werden kann, auf 1800 Kronen zu erhöhen. Damit hat der Verbandstag dem Vorstand die Möglichkeit gegeben, während eines Zeitabschnittes von 5 Jahren als Studienbewilligungen zusammen 9500 Kronen auszus zahlen. Ebenso wurde die Herausgabe einer gedruckten Instruktion von Akkordvermessungen beschlossen, die den Sektionen und den Vorstandsmitgliedern geliefert werden sollte.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente.

Kl. 22 i. J 31 922. Riff zum Ausfüllen von Poren in Metallgüßstücken. IG-Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt am Main.

Kl. 75 c. L. 50 517. Sprühvorrichtung zum Sprühen von flüssigen Stoffen, insbesondere Farben, Lacke und dergleichen mit Zuführung der Sprühluft durch den Griff. Leipziger Tangier-Werk Akt.-Ges., Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 35.

Kl. 22 f. J. 27 177. Verfahren zur Herstellung lichtechter Lacke. IG-Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt am Main.

Kl. 75 c. K. 108 200. Aufbewahrungsgesäß für Oelfarbenpinsel. Gustav Knobloch, Schönau an der Raabach, Hirschberger Straße 96.

Kl. 22 f. C. 40 999. Verfahren zur Herstellung von Mennige. Chemische Fabrik H. Erzinger, Akt.-Ges., Schönenwerth, Schweiz.

Kl. 75 c. St. 42 992. Bronze- und Tinkturbehälter. Standard-Bronzefabriken Carl Eckart, FÜRTH i. B.

Kl. 75 c. L. 71 066. Sprühpistole. Diplom-Ingenieur Karl Ludwig, Hamburg, Hanfsstraße 65.

Gebrauchsmuster.

Kl. 9 b. 1 078 373. Pinsel mit Tropfenfänger. Wilhelm Stiller, Eschenau, Post Runkel an der Lahn.

Kl. 75 c. 1 087 287. Farbsprühapparat mit Fußluftpumpe. Werkzeug- und Maschinenfabrik (Wum), G. m. b. H., Bielefeld, Langenhagen 18.

Kl. 9 b. 1 077 840. Pinsel. Robert Scharrer, Nürnberg, Pleidenwurffstraße 2.

Kl. 42 h. 1 077 476. Farbenmehrkarte. Heinrich Schmidt, Plauen im Vogtland, Pestalozzistraße 24.

Erteilte Patente.

Kl. 22 a. 479 373. Verfahren zur Herstellung von Metallverbindungen von Farbstoffen. IG-Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt am Main.

Kl. 75 c. 479 397. Sprühvorrichtung. Leipziger Tangier-Werk Akt.-Ges., Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 35. Maler, Gewerkschaftliches.

Verchiedenes

Ausstellungsmesse in Berlin.

Die Große Deutsche Ausstellung „Gut und Wasser“, die wohl als die eindrucksvollste Sommerausstellung dieses Jahres bezeichnet werden darf, ist nur noch bis zum 21. Juli geöffnet. Eine Verlängerung dieser von der gesamten technischen Fachwelt glänzend begutachteten Schau ist aus technischen Gründen nicht möglich, da die beiden Autohallen in der Rekordfrist von knapp 20 Tagen für die am 10. August zur Eröffnung gelangende „Reklameschau 1929 Berlin“ hergerichtet werden müssen. Diese Ausstellungsmesse, die in ihren gesamten zur Verfügung stehenden Ausstellungsräumen bereits vollkommen ausverkauft ist, bringt auf durchweg hohem künstlerischen Niveau einen umfassenden Querschnitt durch die geschichtliche Entwicklung, Praxis, Industrie, Kunst und Wissenschaft der Reklame. In jahrelanger Vorbereitung ist hier ein Werk entstanden, an dem kein Kulturinteressent vorbeigehen kann.

Noch während der Reklameschau, am 30. August, wird auf dem übrigen Ausstellungsgelände am Kaiserdamm bis zum 8. September dauernd die Große Deutsche Funkausstellung eröffnet. Für diese Jahresfach- und Propagandaschau — an deren eigenem räumlichen und sachlichen Wachstum sich der Aufschwung der Funkwesens am deutlichsten zeigt — sind wiederum neue Hallenanbauten notwendig geworden. Die im letzten Jahr in den Laboratorien erzielten Fortschritte lassen erwarten, daß zu der diesjährigen Ausstellung viele deutsche Firmen mit interessanten und überraschenden Neukonstruktionen erscheinen werden.

Literarisches

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des Berufsständigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg I, Berliner Str. 13. Die Zeitschrift, die in einer Auflage von über einer halben Million erscheint und in der Hauptache den Versicherten an den Schaltern der Krankenkassen unentgeltlich ausgehändigt wird, dient einer Verbreitung der notwendigen Kenntnisse auf gesundheitlichem Gebiete und einer Stärkung des Willens zu gesunder, lebensfähiger Lebensführung. In der Juli-Nummer behandelt der leitende Arzt der Württembergischen Berufsschulen, Dr. Th. Hürlimann, die gegenwärtige Lage der Berufsschulung. Die Aufsätze „Aus dem Wörterbuch unserer Krankheiten“ von Dr. Helge Leipzig, und „Bakterien vom Blut“ von Hugo Dillst, und „Die neuesten die Frauen besonders betreffenden Sozialgesetze“ von Dr. Martha Dobe, Berlin, dienen der Verbreitung vollständigen Wissens. Praktische Ratsschläge werden für die Anlegung von Umkleekabinen und Toiletten gegeben, die auf Grund eigener Erfahrungen, und modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse, besonders in der Kinderpflege, eine wichtige Rolle spielen.

„Frauenwelt“. Eine Zeitschrift für sozialistische denkende Frauen. Mit künstlerischen Titelformen und Textzeichnungen. Jedes Heft schließt die sechs- bis achteinseitige Modenschau, „Welt ist die Frau“ ein; jedes zweite Heft enthält die Beilage „Anbehalten“. Die Zeitschrift ist in zwei Ausgaben zu beziehen: Ausgabe A (ohne Schmittmüsterbogen) zum Preise von 40 Pf., Ausgabe B (mit vollständigen Schmittmüsterbogen) zum Preise von 50 Pf. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen, sowie der Verlag der „Frauenwelt“.

Vom 8. Juli bis 14. Juli ist die 28. Beitragswoche
Vom 15. Juli bis 21. Juli ist die 29. Beitragswoche

Sterbetafel.

Hamburg. Am 28. Juni starb unser für den Verband strebsame Kollege Edmund Knudsen, infolge langer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte.
Ehre seinem Andenken!

Malergeschäft

Ist wegen Todesfall mit reichlichem Warenlager zu verkaufen. Näheres an Post Dresden A., Reifigerstraße 72, 1. Etg, rechts

Gesucht zum baldigen Eintritt
Möbel-Holz-Maler
welche an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind.
Deutsche Holzwerke, Fritz Dettmann
Schwerin in Mecklenburg

Fernunterricht über Malerbuchführung, Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsförderung. **Franz Wenzel**, Naunhof b. Leipzig

Der heutigen Gesamtauflage liegt eine Beilage bei, die wir der Beachtung unserer Kollegen dringend empfehlen